Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

Nach einem Jahrtausend oft kriegerischer Auseinandersetzungen um die Grenze zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein sorgten Volksabstimmungen 1920 für eine seitdem akzeptierte Lösung. Bild: König Christian X. besuchte Orte, die mit Dänemark wiedervereinigt wurden.

- **Schwarz-Gelb in NRW: „Modernisierungspartnerschaft“ mit Rolle rückwärts**
- **Neue Verhandlungsrunde Brexit steht an**
- **Fahrverbote für Dieselfahrzeuge?**
- **Aus der Geschichte Schleswig-Holsteins: Von der Aufklärung bis zur Abstimmung 1920**
- **Kalenderblatt: Spanien 1977, erste demokratische Wahl nach der Franco-Diktatur**

Ausgabe Nr. 9 am 31. August 2017, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

online lesen: www.linkekritik.de/pb1709-pdf.html
www.linkekritik.de/pb1709-text. html

Schwarz-Gelb in NRW: „Modernisierungspartnerschaft“ mit Rolle rückwärts

Landespolitik orientiert sich wieder stärker an Kapitalinteressen

Gut 100 Tage ist die Landtagswahl in NRW nun her. Seit dem 27.6.2017 wird das größte Bundesland wieder von einer schwarz-gelben Koalition regiert. Gerechnet hatte damit kaum jemand. Möglich wurde sie nur, weil Die Linke den Einzug in den Landtag mit 4,9 % knapp verpasste. Doch obwohl Schwarz-Gelb nur eine Mehrheit von einer Stimme hat, liefen Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung sehr schnell und geräuschlos. Mit Armin Laschet (CDU) und Christian Lindner (FDP) haben sich Wunschpartner gefunden, die auch vor dem Hintergrund der Bundestagswahl zeigen wollten, wie harmonisch eine Koalitionsbildung gehen kann.

Beim Personal erntete Laschet viel Kritik, weil er ausgerechnet den jahrelangen ehemaligen Rechtsanwalt von Helmut Kohl zum Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Medien berief. Dr. Stephan Holthoff-Pförtner aus Essen ist Gesellschafter der Funke-Mediengruppe, der die WAZ als größte deutsche Regionalzeitung gehört, und war gerade erst zum Präsidenten des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) gewählt worden. Massive Interessenkollisionen liegen da nahe, auch wenn Holthoff-Pförtner als VDZ-Präsident zurückgetreten ist und sich enthalten will, wenn Entscheidungen seine Firmen betreffen – von der Vorbereitung von Entscheidungen sprach er lieber nicht.

Begabte „fördern“ – Kinderarmut Randthema

Der „Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017 bis 2022“ enthält wenig Überraschendes. Er beginnt mit dem Abschnitt „Land des Aufstiegs durch Bildung“ und damit einem der umstrittenen Themen des Landtagswahlkampfes: Die grüne Schulministerin war erheblich unter Kritik wegen der Verkürzung der Schulzeit im Gymnasium von neun auf acht Jahre, der unzureichenden personellen Bedingungen bei der Umsetzung der Inklusion und der Reduzierung der gesonderten Förderschulen sowie beim ebenfalls unzureichenden „Offenen Ganztag“ in Grundschulen.

Der Koalitionsvertrag sieht die Rückkehr zum Regel-Abitur nach neun Jahren vor, allerdings mit einer Wahlfreiheit von Schulen für acht Jahre, und kommt damit der teilweise von eher elitären Argumenten gekennzeichneten Kritik eines Teils der Elternvertretungen entgegen. Er sieht ein „Schließungsmoratorium“ für Förderschulen vor und will „eine durchgehende Wahlmöglichkeit zwischen Förderschule und inklusiver Regelschule“ schaffen – d.h. die Förderschulen sollen auf Dauer bestehen bleiben, was das Gegenteil von Inklusion ist. Das Problem der mangelnden Personalausstattung für die Inklusion in den Regelschulen wird noch nicht einmal erwähnt, stattdessen sollen „Qualitätsstandards“ entwickelt werden – worauf auch immer das hinausläuft.

Im „Offenen Ganztag“ sollen mehr Plätze geschaffen werden, weil gerade in den Großstädten kaum noch alle Kinder untergebracht werden können. Das dringend notwendige Ziel, den Ganztagsunterricht zur Regel zu machen, damit die soziale Herkunft den künftigen Bildungsweg nicht völlig dominiert, findet sich in den zehn einschlägigen Zeilen jedoch noch nicht einmal ansatzweise. „Begabte Schüler“ sollen dagegen besser gefördert werden, das ist immerhin ein eigener Punkt.

Zum Thema „Kinderarmut“ gibt es wenige, unverbindliche Zeilen. Die „strukturelle Unterfinanzierung der Kindertagesbetreuung in NRW“ will schwarz-gelb beseitigen – das wäre dringend, bereitet der Landesregierung für den Haushalt 2018 aber schon erhebliche Kopfschmerzen. Konkreter wird es, wenn es unter dem Stichwort „Vereinbarung von Familie und Beruf“ um die Ausweitung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten geht, ein Anliegen was auch von Unternehmen immer wieder deutlich vorgetragen wird. Langfristig hat Schwarz-Gelb das rot-grüne Versprechen zu beitragsfreien Kitas übernommen.

Deutliche Kritik gibt es in der Öffentlichkeit für die Absicht, an den Unis wieder Studiengebühren einzuführen, wofür sich die FDP immer ausgesprochen hat. Allerdings sollen sie nur von Nicht-EU-Bürgern erhoben werden, die so eindeutig diskriminiert werden. Die Prognose, dass dadurch 100 Mio. Euro jährlich in die Kassen der Unis gespült würden, wird von der Presse als viel zu optimistisch eingestuft.

„Entbürokratisierung“ und Digitalisierung

32 der 120 Seiten im Koalitionsvertrag hat allein das Kapitel „Land der Innovation und einer starken Wirtschaft“. Ein wichtiges Ziel der neuen Landesregierung wird hier formuliert: „Nach seiner Wirtschaftsleistung wäre NRW die siebtgrößte Volkswirtschaft in der Europäischen Union … NRW konnte seine wirtschaftlichen Kräfte in den vergangenen Jahren aufgrund bürokratischer Hürden und Fesseln jedoch nicht umfassend entfalten und wurde dadurch von der Wachstums- und Wohlstandsentwicklung in den anderen Ländern abgekoppelt. Diesen Rückstand holen wir gemeinsam auf … Unser Leitbild ist die soziale Marktwirtschaft … In diesem Sinne werden wir die Menschen und Unternehmen von überbordender Bürokratie befreien, Investitionen wieder beflügeln und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft durch eine forschungs- und gründerfreundliche Innovationspolitik unterstützen …“

Was als „Entbürokratisierung“ daherkommt, ist tatsächlich eine Rolle rückwärts. Konkret benannt werden Änderungen beim gerade erst beschlossenen

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring, Christoph Cornides, Edith Bergmann.
Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer, Ulli Jäckel, Rosemarie Steffens.
Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher, Jörg Detjen.
Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de
Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Landesentwicklungsplan, z.B. die Überprüfung der Regelungen zum Flächenverbrauch, Maßnahmen zur Vereinfachung des Baurechts, die Abschaffung der „Hygieneampel“, die dem Verbraucherschutz bei Gaststätten und Restaurants dient, die Aufweichung der Ziele des Vergabegesetzes und seine Beschränkung ausschließlich auf die Einhaltung der Tariftreue, die „Rückabwicklung“ des Landesklimaschutzgesetzes, die Genehmigung von mehr Ladenöffnungen an Sonntagen usw. – alles Punkte, die die Kapitalverbände seit längerem einfordern. „Das Leitbild der allgemeinen Gesetzgebung wird sein, dass sich NRW an den unkompliziertesten Lösungen in Deutschland orientiert“, heißt es weiter, und es macht deutlich, dass die neue Landesregierung auch hier nicht viele eigene Ideen hat.

Das zentrale Wirtschaftsprojekt der neuen Landesregierung ist die Förderung der Digitalisierung, und zwar sowohl in der Verwaltung, die im Land schon 2025 statt 2031 digitalisiert werden soll, als auch beim Ausbau der Infrastruktur und der Verbindung von Digitalisierung und industrieller Produktion. Anders als die Regierung von Jürgen Rüttgers (CDU) von 2005 bis 2010 setzt Laschet stärker auf die Industrie. Abgesehen davon, dass die Industrie als „Schlüsselsektor“ für das Ruhrgebiet angeführt wird, was zumindest zahlenmäßig seit langem nicht mehr stimmt, ist auch die Digitalisierung natürlich eine bundesweite Herausforderung.

Die Landesregierung will einen „Gigabit-Masterplan“ auflegen und „Startups“ und eine „Gründerszene“ fördern. Die zu erwartenden dramatischen Veränderungen der Arbeitsbedingungen sind für Schwarz-Gelb jedoch kaum ein Thema – die wesentliche Schlussfolgerung ist: Das lebenslange Lernen muss gefördert werden. Außerdem kündigt der Koalitionsvertrag eine Bundesratsinitiative zur Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes an, und dabei geht es auch um die Aufhebung der Obergrenze von acht Stunden täglich.

Digitalisierung heißt aber nicht nur in der Industrie auch Rationalisierung und Wegfall der nicht so qualifizierten Arbeitsplätze. Dabei ist die Langzeitarbeitslosigkeit gerade im Ruhrgebiet seit vielen Jahren extrem hoch, weil die Deindustrialisierung bereits enorme Verluste an Industriearbeitsplätzen gebracht hat. „Arbeit“ kommt im Koalitionsvertrag ohnehin nur als Unterabschnitt des Wirtschaftskapitels vor. Die Ansätze der rot-grünen Landesregierung für einen sozialen Arbeitsmarkt sollen „einer kritischen Prüfung“ unterzogen werden. Die neue Koalition setzt auf die Integration in den ersten Arbeitsmarkt – was in vielen Fällen nicht möglich ist. Aber vielleicht geht es ja nur darum, Gründe für Sanktionen bei den Leistungen zu schaffen.

Fußfesseln, Videoüberwachung und Abschiebungen

Auch der dritte Abschnitt der Koalitionsvereinbarung geht um Themen, die beim Scheitern von Rot-Grün eine wichtige Rolle gespielt haben: „Land der Sicherheit und Freiheit“. Die Ankündigung ist eindeutig: „Christdemokraten und Freie Demokraten werden künftig eine Null-Toleranz-Politik gegen Kriminelle verfolgen, um den besonderen Charakter NRWs als tolerantes und vielfältiges Land auf Dauer bewahren zu können … Wir werden Polizei, Verfassungsschutz und Justiz in NRW deshalb für die bestehenden und die neuen Herausforderungen bestmöglich aufstellen.“ Bis 2022 sollen entsprechend jährlich 2.300 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt werden.

Auch wenn der Koalitionsvertrag verschiedentlich betont, dass „Sicherheit“ die Voraussetzung von „Freiheit“ sei, gehen manche der angekündigten Maßnahmen in Richtung Einschränkung von Bürgerrechten. So soll eine „strategische Fahndung“ eingeführt werden, eine verkappte Form der Schleierfahndung, die verdachtsunabhängige Anhalte- und Sichtkontrollen erlauben soll. Automatisierte Autokennzeichenerfassungssysteme soll es ebenso geben wie eine Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum.

Die „Clankriminalität“ will die Landesregierung ebenso eindämmen wie Rockerbanden. Gesetzlich geregelt werden soll die elektronische Fußfessel für „terroristische Gefährder“.

Im Kapitel „Land des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts“ geht es schließlich um Kulturförderung – der Kulturetat soll um 50 % erhöht werden, auch zur in NRW im Bundesvergleich eher geringen Förderung kommunaler Einrichtungen – und andere Fragen. Die Landesregierung will sich im Bundesrat für ein „modernes Einwanderungsgesetz“ einsetzen, bei dem zwischen „qualifizierter Einwanderung und Flüchtlingsschutz unterschieden“ wird und u.a. ein Punktesystem für die Arbeitssuche qualifizierter Einwanderer eingeführt wird. Einwanderer werden also danach beurteilt, ob sie eine „Bereicherung“ für den Arbeitsmarkt darstellen.

Des Weiteren will die Landesregierung eine „NRW-Integrationsstrategie 2030“ entwickeln. Die Integrationspolitik soll „verbindlicher“ werden – Anforderungen an Migranten und Flüchtlinge werden als „Bringschuld“ formuliert. Passend dazu soll ein „Arbeitsstab Rückkehrmanagement“ eingerichtet werden, Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern sollen beschleunigt werden – was in aller Regel ohne Kooperation mit den Aufnahmestaaten gar nicht möglich ist.

Was die Landesregierung unter Integration versteht, wird auch daran deutlich, dass sie sich zum Ziel setzt, „… der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler … wieder mehr Aufmerksamkeit (zu) widmen … Die Patenschaften für die Siebenbürger Sachsen und Oberschlesier sollen wiederbelebt werden.“ Man kann gespannt darauf sein, wie deutschtümelnd das wird, zumal auch die Errichtung eines zentralen Migrationsmuseums weiterverfolgt werden soll, in dem auch diese geschichtlichen Kapitel aufgearbeitet werden sollen.

Wolfgang Freye, Essen

Schwarz-gelb zur Kommunalpolitik

Der Abschnitt „Kommunen“ findet sich im Koalitionsvertrag der selbsternannten „NRW-Koalition“ im Kapitel „IV. Land der vielfältigen Regionen“ neben den weiteren Abschnitten „Bauen und Wohnen“, „Umwelt-, Natur und Klimaschutz“, „Verbraucherschutz“ sowie „ländliche Räume“.

Insbesondere für linke Kommunalpolitik interessante Aspekte des Abschnitts „Kommunen“ werden zunächst kurz zusammengefasst und in einem zweiten Abschnitt einer ersten Analyse unterzogen.

Der Abschnitt wird eingeleitet mit einem Bekenntnis der Koalitionsparteien zur Gleichheit der Lebensverhältnisse und Chancen in Stadt und Land sowie „verlässlichen Rahmenbedingungen für Finanzen und Gestaltungsmöglichkeiten“ der diversen kommunalen Akteure in NRW. Dabei sei es „oberste Maxime“ der Kommunalpolitik, „staatliches Handeln gemäß dem Subsidiaritätsprinzip so bürgernah wie möglich zu gestalten.“

Im Unterabschnitt **„Kommunale Selbstverwaltung“** findet sich zunächst die erste von mehreren neuen Institutionen, die Union und FDP rund um kommunalpolitische Themenfelder einzuführen gedenken. Bei dieser ersten handelt es sich um ein Konsultationsverfahren zwischen Landesregierung und Kommunen, insbesondere zu Gesetzgebungs- und Verwaltungsprozessen. Die kommunale Selbstverwaltung solle gestärkt werden und Kommunen

sollen größere Entscheidungsspielräume erhalten.

Die Koalitionsparteien halten fest: „Insbesondere bei den steigenden Soziallasten der Kommunen ist ein breites Engagement des Landes und des Bundes erforderlich, um finanzielle und organisatorische Freiheiten für die Städte und Gemeinden zu erreichen.“ Dafür solle eine „Transparenzkommission zur Aufgabenkritik, zum Bürokratieabbau und zur Standard-Überprüfung“ eingerichtet werden. Eine Unterarbeitsgruppe „Soziallasten“ wiederum solle zum Zweck des Bürokratieabbaus mittels eines Ländervergleichs klären, weshalb die kommunalen Haushalte NRWs besonders belastet seien.

Außerdem wolle man im Bundesrat erwirken, dass der Bund sich dauerhaft in größerem Ausmaß an den kommunalen Soziallasten beteiligen möge und Standarderhöhungen nur bei vollem Kostenausgleich vorgenommen werden sowie Doppelstrukturen zwischen Unterhaltsvorschussstellen sowie Jobcentern entfallen sollen. Hinsichtlich der Unterhaltsvorschussleistungen wollen Union und FDP außerdem den Kostenanteil der Kommunen absenken und den Prozess deutlich zentralisieren.

Einen weiteren Schwerpunkt setzen die Koalitionsparteien im Unterabschnitt **„interkommunale und regionale Zusammenarbeit“.** Hier wird laufend die Möglichkeit der Nutzung von finanziellen Synergieeffekten betont. Die Städteregion Aachen wird als Modell für gelungene „horizontale und vertikale freiwillige Verwaltungszusammenschlüsse“ genannt, das weiterentwickelt werde. Ferner solle über eine Bundesratsinitiative „Steuerneutralität für neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit“ erreicht werden und das Gesetz zur Kommunalen Gemeinschaftsarbeit überarbeitet werden. Mittels eines „Kompetenzzentrums“ und eines begleitenden Förderprogramms wollen die beiden Parteien interkommunale Zusammenarbeit praktisch fördern.

Mehrere Unterabschnitte befassen sich mit dem Thema Finanzen. Im Unterabschnitt **Kommunalfinanzen** kritisieren CDU und FDP zwar, dass der von der rot-grünen Landesregierung entwickelte „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ die Verschuldungssituation der Kommunen weder berücksichtigt noch eine Lösung hierfür geboten habe. Er solle dennoch fortgeführt und unter Berücksichtigung der Verschuldungsproblematik weiterentwickelt werden zu einer „kommunalen Kredithilfe“, ohne eine „Vergemeinschaftung kommunaler Schulden“ vorzunehmen. Ferner solle das Konnexitätsprinzip wiederhergestellt und der „Kommunal-Soli“ abgeschafft werden, ohne jedoch dadurch eine Kommune schlechter zu stellen

Im Rahmen einer **Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes** sollen „finanzielle Verwerfungen bei den Schlüsselzuweisungen, insbesondere durch den verstärkten Soziallastenansatz [...] beseitigt“, die „Einwohnerveredelung“ als Instrument überprüft und die Kommunen ab 2020 mit „echten“ 23 Prozent an den Gemeinschaftssteuern beteiligt werden. Auch das **kommunale Haushaltsrecht** soll ebenso wie der nordrhein-westfälische Krediterlass überprüft werden.

Die **Kommunalaufsicht** wiederum wollen die Koalitionsparteien über landesweite Vorgaben einheitlicher gestalten. Der Fokus solle hierbei auf die Aufsicht über die wirtschaftliche Betätigung sowie stärker „auf betriebswirtschaftliche Aspekte“ gelegt werden. Außerdem soll die Kommunalaufsicht „von einem reaktiven System zu einem Frühwarnsystem weiterentwickelt“ und das Portfolio der Gemeindeprüfungsanstalt gestärkt werden.

Die „Steuererhöhungsspirale“ bei Grund- und Gewerbesteuer wollen Union und FDP durch das Einfrieren der fiktiven Hebesätze stoppen und durch einen runden Tisch eine dauerhafte Absenkung voranbringen. Ein **regelmäßiger Gemeindefinanzbericht** solle außerdem Transparenz über die finanzielle Leistungsfähigkeit der NRW-Kommunen herstellen. Zum Zwecke der Erhöhung **kommunaler Investitionen** setzt die Koalition auf einen Verzicht auf besondere Förderprogramme zugunsten einer dauerhaften Erhöhung der Pauschalen. Die Finanzhilfen des Bundes für die Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen solle „ungeschmälert“ an diese weitergegeben werden.

Als weitere Punkte finden sich noch die Absicht, den Kommunen die Einrichtung von **Integrationsräten** oder Integrationsausschüssen freizustellen, die Instrumente der kommunalen **Bürgerbeteiligung** um eine Vorprüfung der Zulässigkeit von Bürgerbegehren zu ergänzen und die Möglichkeiten einer **Stärkung von haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitikern** durch eine Ehrenamtskommission im Landtag, auch unter Beteiligung unter anderem der kommunalpolitischen Vereinigungen, prüfen zu lassen. Auch solle im Hinblick auf den letzten Punkt eine Revision der Kreisordnung vorgenommen, die Abschaffung der Kreisausschüsse zurückgenommen und das erweiterte Rückholrecht des Kreistages wieder abgeschafft werden.

Peter Heumann, Köln

Indymedia-Verbot: IT-Publikationen sind Teil der freien Presse! Der Innenminister hat die Schranken des Rechts durchbrochen

Dies Maßnahme der Regierung Merkel/Gabriel, vollzogen vom Innenminister, dessen Aufgabe es ist, die Verfassung zu schützen, ist ein sorgfältig durchkomponiertes Stück politischer Einschüchterung. Das Verbot der IT-Plattform „Indymedia.linksunten“ als Verein setzt alle unter Druck, die damit irgendwie zu tun hatten. Das sind nicht nur Betreiber und redaktionelle Betreuung. Die Behörde kann den Ermittlungsdruck ohne weiteres auf jene ausdehnen, die dort Publikationen eingestellt haben, und sogar regelmäßige Besucher der Seiten geraten in Verdacht. Freilich, Verurteilungen werden im Rahmen der Rechtsordnung nicht leicht erfolgen. Aber so wie die eigentlich verbotene körperliche Züchtigung durch Polizei im Vollzug doch erlebt wird, ist auch der Fahndungsdruck mit seinen Einvernahmen, eventuellen Hausdurchsuchungen, Prozessen, die letztlich eingestellt werden, ein Strafmittel, das es in sich hat und bei jungen Leuten lange Schatten auf die beruflichen Aussichten wirft.

Der Durchgriff auf IT-Publizistik mit den Mitteln des Vereins(verbots)rechts wird an Indymedia zelebriert, er betrifft aber brisante Veröffentlichungen, die unter das Stichwort „Leaks“ dem Staat im Krieg und der Polizei im Vollzug lästig fallen und ihr Handeln öffentlicher Würdigung zugänglich machen. Wahr ist freilich, dass die Plattform im Schutz der Anonymität betrieben wurde und Inhalte transportierte, die eine im Sinne des Presserechts verantwortliche Person (Aufgabe: das Druckwerk von strafrechtlich relevantem Inhalt freizuhalten) nur bei hoher Bereitschaft zur prozessrechtlichen Klärung hätte durchgehen lassen.

Der Schutz des Presserechts hätte aber dazu geführt, dass die Ermittlungen und eventuelle Strafverfolgung wegen einer einzelnen konkreten Stellungnahme hätten geführt werden müssen. Dies hätte die ermittelnde Seite unter politischen Rechtfertigungsdruck gesetzt und zu einer Debatte geführt, was Polemik und was publizistische Straftat ist, d.h. auch, was sich „der Staat“ gefallen lassen muss,

und welche Grenzen die polemische Meinungsäußerung sich selbst ziehen sollte.

Diesen angesichts der angespannten politischen Situation unumgänglichen Klärungsprozess hat der behördliche Durchgriff brutal abgeschnitten. Die an den ganzen Kommunikationszusammenhang gerichtete Botschaft lautet: Wir dürfen alles, ihr dürft ab jetzt gar nichts mehr.

Was werden die Folgen sein? Wird Indymedia sein Recht als Teil der freien Presse behaupten? Dazu müsste freilich jemand sich zu der Verantwortung als Verlag bzw. Redaktion bekennen. Dann allerdings wären die Aussichten nicht so schlecht. Geht man aber den Weg in die vermeintliche Sicherheit technischen Verbergens, wird die Exekutive nacheilen, und die dazu eventuell noch fehlende Gesetze werden kommen. Hoffentlich kommt es anders.

Im Grenzkrieg zwischen exekutiven Machtansprüchen und bürgerrechtlichen Freiheitsräumen fallen die Entscheidung bei der Behandlung praktischer Fragen. Was sind die Konsequenzen aus HH-G20? Die Rechtslage hätte geboten, Kritik in den Bahnen der Grundrechte zu ermöglichen. Die Exekutive wollte sie lieber aussperren. Was genau geschah, wird die parlamentarische Untersuchung zeigen. Haben sich Einsatzplanung und -leitung abweichend von Recht und Gesetz entfaltet, ist die Gefahr einer nachträglichen Rechtfertigung durch Änderung der Gesetze groß.

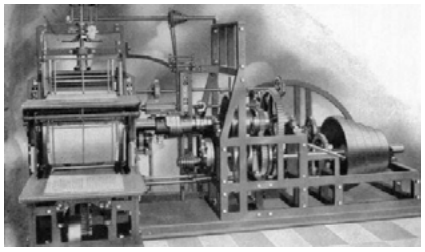
Große Herausforderungen an die Arbeit parlamentarischer Kontrolle der Exekutive, an die rechtliche Durchdringung – irgendwer muss die Wüste, die die Piraterie hinterlassen hat, aufforsten, und für alle, die IT-Publikation nicht mehr missen wollen. *Martin Fochler,* München, *Alfred Küstler,* Stuttgart

Hinweise

Zur Diskussion in der Hamburger Bürgerschaft: **G20: Aufklärung statt Keule von Christiane Schneider** in: www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2015/08/BuergerInnenbrief_Sudmann_Schneider_2017_06.pdf
Zur rechtlichen Lage: **Plattform und Vereinsverbot von Halina Wawzyniak:** blog.wawzyniak.de/plattform-und-vereinsverbot/

Schlechte Nachrichten

Der Innenminister der Regierung Merkel/Gabriel, Herr de Maizière, hat das Internetportal „linksunten.indymedia“ das zweifellos eine Publikation ist, als Verein verboten. Mit diesem Ansatz wird das Grundrecht auf Pressefreiheit ausgehebelt. Dieser Verstoß gegen die Verfassung ist möglich, weil das Rechtsgut der Pressefreiheit die Meinungsäußerung mittels Techniken schützt. Kommunikation geschieht zwischen Menschen. Tagung, Sitzung, Dienstgespräche, alles wird durch den Tag-Nacht-Rhythmus getaktet.



Koenigs dampfbetriebene Zylinderdruckmaschine zum Druck der „Times“ (1814) – Technische Grundlage der Tageszeitung.

Seit der Erfindung der dampfgetriebenen Schnellpresse beginnt das Tagwerk der Mächtigen nicht mehr mit dem Lobhudel der Hofschranzen, den Einflüsterungen des geistlichen Rates, der Zwiesprache mit sich selbst, sondern mit der Kenntnisnahme der öffentlichen Meinung. Regieren heißt seither auch, sich vor der Öffentlichkeit rechtfertigen. Es liegt in der Logik der Macht, den Rechtfertigungsdruck zu minimieren.

Wo politische Macht auf Zeit übertragen wird, kann Kritik neue Mehrheiten schaffen. Die periodische Presse besorgt eine Balance zwischen Machthabenden und Machtgebenden und damit Raum für Demokratie. Das Grundgesetz der BRD garantiert die Pressefreiheit. Besonderen Schutz vor Repression benötigt und genießt (z.B. Informantenschutz) die unmittelbar wirksame periodische Presse.

Die Nazidiktatur vollzog die Gleichschaltung der Presse und setzte die Unmittelbarkeit des Rundfunks für ihre Ziele ein. In der BRD fasste man die Rundfunkpublizistik in den Rahmen der Anstalt öffentlichen Rechts, so dass die Exekutive diese Medien nicht direkt steuern kann. Allerdings wird damit auch der Zugang zu diesem Medium engporig gefiltert.

Die heutige IT-Publizistik ermöglicht niedrigschwellig die Publikation von Wort, Bild, Videoaufnahmen und Echtzeitdialogen. Offensichtlich geht es da um Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Freiheit von Zensur, alles hochwertige Rechtsgüter, die bei dem Verbot von „linksunten.indiymedia“ als Verein nicht einmal erörtert werden. Was erlaubt sich das Trio Merkel / Gabriel / de Maizière? Der Regierungscoup ist möglich, weil im gesellschaftlichen Maßstab noch nicht geklärt ist, wie die neue Technik, mit der sich im Prinzip jeder jederzeit an alle wenden kann, rechtlich gerahmt werden soll.

Nötig ist das, denn schon, wenn jemand in einer Runde das Wort ergreift, um zu vielen zu sprechen, entsteht ein Machtgefälle. Die Zuhörenden können „Nein“ sagen, aber schon darin liegt ein Muss. Sie können sogar kontern, aber darin liegt dann ein eigener Machtanspruch. Öffentliche Rede betrifft nicht nur die Beziehung von politischer Macht und ziviler Gesellschaft. Es geht auch um die gesellschaftliche Geltung des einzelnen Menschen. In der Diskurskultur der Demokratie hat sich deshalb der Grundsatz der Verantwortlichkeit des Sprechenden bzw. Publizierenden verfestigt, die eine Balance schafft zwischen denen, die sprechen, und denen, über die gesprochen wird bzw. denen, die mit unliebsamen Meinungen konfrontiert werden.

Mit dem Aufkommen der IT-Publizistik, die es kleinen Personengruppen, ja sogar Einzelnen, leichtmacht, sich mit Schrift, Wort und Bildern an die breite Öffentlichkeit zu wenden, ist die Balance von Meinungsäußerungsfreiheit und Verantwortlichkeit ins Taumeln geraten. Zwei irrige Vermutungen griffen um sich: Erstens, dass das staatliche Machtmonopol am besten durch ein Recht auf anonymes Publizieren kontrolliert werden könnte. Zweitens, dass der niedrigschwellige Zugang zu Publikation das Recht auf eigennützige Weiterverwertung beinhalte. Diese Irrtümer haben starke kulturelle Ausbreitung erfahren und mit dem kometenhaften Aufstieg der „Piratenpartei“ sogar politische Durchschlagskraft entwickelt. Alsbald stellte sich heraus, dass mit diesen irrigen Annahmen praktikable Regeln der IT-Publizistik nicht entwickelt werden konnten; und so wurde die Partei rasch entbehrlich. Der Bedarf an demokratischen Regeln ist damit nicht verschwunden.

Der aktuelle Durchgriff der Regierung zeigt, dass der IT-Publizistik ein Schutzmantel rechtlicher Regelungen fehlt. So wird sie zum Spielball der Macht. Technische Ausweichbewegungen werden angesichts der inzwischen erreichten Ausstattung der Behörden bloß noch komisch. IT-Publizieren muss als Bürgerrecht gefasst werden, und das ist nur in der Form verantwortlichen Publizierens möglich.

Neue Verhandlungsrunde Brexit steht an – neue Vorschläge sind im Umlauf

Die Uhr tickt: von den 24 Monaten, die bis zum Vollzug des Brexits vorgesehen sind, sind bereits fünf vergangen. Keines der anstehenden Kapitel der Verhandlungen kann als isoliertes gelöst werden, die wechselseitigen Auswirkungen werden als Szenarien diskutiert. Es dämmert vielen, dass die Verhandlungen schwierig sind, es vielleicht aber noch schwieriger werden könnte, innerhalb Großbritannien Konsens herzustellen.

Warenverkehr und europäische Gerichtsbarkeit

Auf „Norwegen-Status" will die britische Regierung nicht setzen, sofern damit eine Art Eintritt Großbritanniens (GB) in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) gemeint ist. Der EWR besteht aus der EU und den EFTA-Staaten Island, Norwegen und Liechtenstein (also ohne die Schweiz). Denn für den EWR wird das einschlägige von der EU beschlossene Sekundärrecht übernommen, was die britischen Hardliner für den Brexit nicht akzeptieren können, sie wollen ein neues Modell, eine spezielle EU–GB-Gerichtsbarkeit. – Tatsache ist jedoch, dass noch lange Jahre in Großbritannien europäisches Recht als nationales Recht fortgelten wird, das britische Parlament muss EU- in britisches Recht umwandeln. Das wird oft auf Berücksichtigung von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes hinauslaufen, von dem sich die Brexiters vollständig abkoppeln wollen. Dies wird bei Konfliktregelungen nicht so einfach gehen, wenn bei Verträgen nach europäischem Recht unvermeidlich ein Bezug zu EuGH-Entscheidungen hergestellt werden muss.

„Neue Zollpartnerschaft", „stark gestrafftes Zollarrangement"

Das Ministerium für den Austritt aus der Europäischen Union (britisches Kürzel DeXEU, Department for Exiting the EU) legte zwei Positionspapiere zur Zollunion und zur künftigen Grenzregelung zwischen der Republik Irland und Nordirland vor. Es wird eine „transition phase" (Übergangsphase) mit einer temporären Zollunion gefordert. Dies würde bedeuten, dass Verhandlungen für bilaterale Handelsverträge zwischen GB und anderen Staaten nicht mehr möglich seien. Weltweiter Handel ohne Rücksicht auf „Brüssel" ist aber eines der wichtigsten Ziele der Brexit-Befürworter. Es kursiert das Modell, dass britische Zollbehörden als Dienstleister für die EU für Einfuhren, die via GB in die EU gehen, tätig werden. Mittels einer „neuen Zollpartnerschaft" soll somit das enorme wirtschaftliche Volumen, das gegenwärtig über britische Seehäfen für den Weitertransport innerhalb der EU abgewickelt wird, für die britische Wirtschaft erhalten bleiben.

Der britische Austrittsminister David Davis hat die beiden Papiere mit dem Satz kommentiert, sein Land gehe mit einer „starken Position" in die Verhandlungen. Die Europäische Kommission teilte mit, sie habe den Vorschlag „zur Kenntnis genommen", stellte aber fest, der erhoffte „reibungslose Handel" sei außerhalb des Binnenmarktes und der Zollunion schlicht „nicht möglich".

Angeblich hat das DeXEU 50 Wirtschaftssektoren auf die Brexit-Auswirkungen hin untersuchen lassen und die Ergebnisse nicht veröffentlicht. Daneben kursieren viele Zahlen – z.B., dass bis 2026 an die 40 000 Beschäftigte im Pflegedienstleistungssektor Großbritannien verlassen würden. Aber wirklich kann keiner die Auswirkungen vorhersehen, und vor allem hat der Brexit nicht nur Auswirkungen in GB, sondern auch für die EU und deren einzelne Staaten. Von daher können die Vorschläge aus GB nicht einfach abgetan werden, sondern werden vor allem auch auf den geringstmöglichen Schaden für die EU geprüft werden müssen.

Energiehandel und Energieversorgung

Auf der irischen Insel wird derzeit der sogenannte Single Electricity Market (SEM) betrieben, über den die Republik Irland und Nordirland Stromflüsse über ihre Grenzen hinweg koordinieren. Das System wird voraussichtlich ab März 2018 durch den Integrated Single Electricity Market (I-SEM) ersetzt, der auch nach dem Brexit für gute Zusammenarbeit sorgen soll. Eine Studie von Insight-E – ein britischer Think-Tank für Energiefragen – warnt allerdings, dass auch der I-SEM nicht komplett vor Folgeeffekten des Brexit gefeit sei. Zudem unterstützt die EU die direkte Verbindung der französischen und irischen Stromnetze über ein Unterwasserkabel. Das sogenannte Celtic Interconnector Project ist ein geplantes 600 Kilometer langes Unterwasserkabel, das die Südküste Irlands mit der nordwestlichsten Spitze Frankreichs verbinden würde. Über das Kabel könnte genug Energie für 450.000 Haushalte transportiert werden. Die Europäische Kommission entschied vergangene Woche, ungefähr 4 Millionen Euro für weitere detaillierte Planung, eine öffentliche Anhörung sowie für die Vorbereitung zum tatsächlichen Bau der Leitung beizusteuern. Die beteiligten Energieunternehmen RTÉ France und EirGrid teilten mit, sie hoffen, dass das Projekt nicht nur mehr Energiesicherheit für Irland bringt, sondern auch die Kosten reduziert und die erneuerbaren Energien fördert. Die irischen Windenergie-Kapazitäten z.B. sind von 1000 MW im Jahr 2008 auf 2500 MW im Jahr 2015 gestiegen.

Innenpolitisch macht Boris Johnson, der frühere Bürgermeister von London, jetzt Außenminister von GB, von sich reden: er erkennt die finanziellen Forderungen der EU im Prinzip an und signalisiert damit Unterordnung unter den Kurs der geschwächten Theresa May. Im Oktober ist Parteitag – vielleicht will er sich für die Nachfolge von May positionieren.

Eva Detscher, Karlsruhe

Frankreich: Regierung legt Text zum Arbeitsgesetz vor

Die Konsultationen der Regierung mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden über die Lockerung und Flexibilisierung des Arbeitsgesetzes sind abgeschlossen. Am 31. August stellt die Regierung dem Staatsrat, dann Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und schließlich den Medien den kompletten Text vor. Ende September kann die Verordnung dann in Kraft treten.

Aspekte aus gewerkschaftlichen Stellungnahmen:

Das französische Arbeitsrecht kennt im wesentlichen drei Modelle von Arbeitsverträgen: den befristeten Vertrag CDD (contrat à durée déterminée), den unbefristeten CDI (durée indeterminée) und schließlich den Ersteinstellungsvertrag CPE (contrat première embauche), der Kündigungen nur geringe Hindernisse in den Weg legt. 85 % der Arbeitsverträge in Frankreich sind unbefristete CDI. Aber mehr als 85 % der Neueinstellungen erfolgen nur noch als befristete CDD. Lediglich 20 % der befristet Eingestellten werden innerhalb von drei Jahren in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen. (vgl. PB 6-7/2017) Diese Situation ist besonders für die junge Generation schwierig. Die Arbeitslosenrate bei jungen Leute ist nach wie vor unerträglich hoch. Und CDD heisst für sie auch, dass eine eigenständige Existenz kaum möglich ist. Mietverträge – vor allem in den Ballungsräumen – können ohne unbefristeten Vertrag CDI nicht abgeschlossen werden, die Eltern müssen oftmals als Bürgen einspringen. Kreditaufnahme, Autokauf oder der Abschluss bestimmter Versicherungen sind nur mit CDI

möglich. Und auch im gesellschaftlichen Ansehen macht erst der CDI den Bürger zum vollwertigen französischen Citoyen. Auch deswegen sind die Gewerkschaften an diesem Punkt besonders sensibel.

Véronique Descacq, stellvertretende Generalsekretärin der CFDT, äußerte sich nach der letzten Gesprächsrunde mit der CFDT am 21. August zur zukünftigen Behandlung der verschiedenen Sorten Arbeitsverträge: unbefristete Verträge sollen weiterhin durch gesetzliche Regelungen gesteuert werden. Beim Baugewerbe kann sich die CFDT branchenbezogene Regelungen der Befristungen vorstellen wie auch eine Flexibilisierung zwischen den unterschiedlichen Vertragsmodellen je nach Branche. Sie kritisiert, dass die bisher vorgestellten Modelle nicht für kleine Betriebe gelten sollen. Da zwei Drittel der Beschäftigten in kleinen Betrieben arbeiten, könne man sich keine „kleinen Rechte" vorstellen!

Die CFDT verlangt von der Regierung, die Akteure im Wirtschaftsgeschehen und den sozialen Dialog zu stärken: einen tieferen Austausch über ökonomische Fragen, eine transparente Informationspolitik, das Nutzen von Fachwissen und die Fortbildung der gewählten Vertreter und Mandatsträger.

Force ouvriere (FO) teilte am 25. August mit, dass nach Abschluss der Gespräche am 24. August eine Vielzahl von Punkten durch die Regierung noch nicht geklärt seien. Jean-Claude Mailly (FO) begrüßte, dass die Bedeutung der Branche erhalten bleiben bzw. die Branchen gestärkt werden sollen. Sofern befristete Verträge zukünftig nicht mehr ausschließlich gesetzlichen Regelungen unterliegen, soll nach Ansicht von FO die Branche und nicht der Betrieb für die Regelung zuständig sein.

Cécile Rousseau (CGT) teilte nach Abschluss der Konsultationen am 24. August in der l'Humanité mit, dass die CGT zu Streiks und Demonstrationen mobilisiert. Die CGT kritisiert u.a. das Ende des Günstigkeitsprinzips, das festlegt, dass die günstigste Regelung zwischen dem Unternehmen und dem Branchenvertrag angewandt wird. Bereits im Juli hatte die CGT ihr Resümee gezogen: Das neue Arbeitsrecht sei „Deregulierung, Flexibilität und Prekarität auf allen Etagen". Die „geplanten Maßnahmen sind alle regressiv und maßgeschneidert, um den Anforderungen des Arbeitgebers gerecht zu werden: mehr Flexibilität, mehr Prekarität, weniger Löhne …" Am 12. September soll der Widerstand auf die Straße. Wird es Macron gelingen, anders als seinem Vorgänger Hollande, Reformen am Arbeitsmarkt anzustoßen und die dafür nötige Unterstützung zu finden?

Matthias Paykowski, Karlsruhe

Bildungsreform vom österreichischen Parlament beschlossen

Die Bundesministerin Hammerschmied (SPÖ) setzt große Hoffnung in die Bildungsreform: *Leuchtturmschulen* sollen ab dem kommenden Schuljahr vorangehen und dann andere Schulen „an der Hand nehmen". Direktoren entscheiden künftig selbst über Klassengrößen und die Bestellung neuer Lehrerinnen und Lehrer.

Internationale Studien halten Österreich schon lange vor, das österreichische Bildungssystem sei zu teuer, es bringe zu große Risikogruppen hervor und zu wenige Hochqualifizierte. Das soll sich ändern. Bis zur endgültigen Umsetzung für alle wird es etwa zehn Jahre dauern. Die Opposition bewertet das Paket vorsichtig positiv. Die Lehrervertreter warten ab.

Wesentliche organisatorische Schwerpunkte sind:

Bis zu acht Schulen können künftig unter gemeinsamer Leitung stehen. Ein neues regionales Campus-System geht über die Cluster hinaus und bezieht auch die Kindergärten mit ein. „Damit ist die durchgängige Betreuung vom Kindergarten bis zur Matura gesichert und auch die Gestaltung der Übergänge", so Minister Hammerschmied.

Schulen sollen mehr autonomen Entscheidungsspielraum erhalten: Die Unterrichtszeiten (Schulbeginn, Dauer der Unterrichtseinheiten) können künftig selbst bestimmt werden, die Gruppen- und Klassengrößen werden in schulische Autonomie übertragen, es gibt keine Unter- oder Obergrenzen mehr. Hammerschmid: „Die Pädagoginnen und Pädagogen entscheiden. In Projekten kann anders gearbeitet werden als in Deutsch, Englisch oder Mathematik." Gewerkschaft und Personalvertretung sehen diese mögliche Erhöhung der Klassenschülerzahl sehr kritisch, es wird ein Sparprogramm befürchtet.

Autonome Lehrerbestellung: Schulleiter können ihr Personal aussuchen, unter Zuhilfenahme von Vermittlungsplattformen. Die Schulbehörde greift nur steuernd ein, wenn es keine Bewerber gibt. Was mit Lehrerinnen und Lehrern geschehen soll, die an allen Standorten abgelehnt werden, ist noch nicht entschieden.

Die Direktoren sollen künftig mehr als bisher Managementfähigkeiten mitbringen. Die pädagogische Leitung bleibt Aufgabe der Schulleiter. Schulleiter werden für fünf Jahre bestellt, danach unbefristet ernannt. Die PädagogInnenfortbildung erfolgt maßgeschneidert und bedarfsorientiert.

Es besteht ab Herbst die Möglichkeit, Modellregionen zu bilden, eine Forderung der Grünen.

Dabei geht es um die Erprobung einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen in einer bestimmten Region. Vorgesehen ist, dass bundesweit 15 Prozent aller Schulen als Modellregion fungieren dürfen. Eltern und Lehrerinnen und Lehrer bestimmen mit.

„Kein Sparpaket": Gewerkschaft und Personalvertretung sehen wie schon erwähnt ein verdecktes Sparprogramm hinter der Schulautonomie. Bildungsminister Hammerschmid wird nicht müde zu betonen, „bei diesem Schulpaket handelt es sich um kein Sparpaket: Die Ressourcen werden wie bisher zugeteilt, aber die Schulen können freier darüber verfügen." Sie hat keinen „heißen Herbst" zu befürchten. *Augustin Kargl,* Steiermark

Für Interessierte: https://www.bmb.gv.at/ministerium/vp/2017/20170317.html; https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/ME/ME_00299/index.shtml

USA: Wichtige Wahlen im nächsten Jahr

Zum Auftreten faschistischer Banden in Charlottesville hoffen wir in der nächsten Ausgabe der *Politischen Berichte* ausführlich berichten zu können. Als Hintergrund Infos zu den Wahlen, die 2018 anstehen, hier die Fakten nach Wikipedia:

Als Halbzeitwahlen oder auch Zwischenwahlen (englisch midterm elections) werden jene Wahlen in den Vereinigten Staaten bezeichnet, die in der Mitte der vierjährigen Amtszeit des Präsidenten stattfinden. Nach dem Wahlrecht der USA werden alle zwei Jahre ein Drittel der Senatoren und das gesamte Repräsentantenhaus neu bestimmt. Diese Halbzeitwahlen gelten oft als Stimmungsbild der Politik des Präsidenten. Häufig zeigt sich, dass sich zwei Jahre nach einer Präsidentenwahl eine Mehrheit der Partei, die den Präsidenten stellt, in das Gegenteil verkehrt. 34 der 50 Bundesstaaten wählen die Gouverneure alle vier Jahre gleichzeitig mit den Halbzeitwahlen, zwei weitere (Vermont und New Hampshire) wählen sie gleichzeitig mit den Präsidentschafts- und den Halbzeitwahlen alle zwei Jahre. Viele Staaten wählen auch mit den Halbzeitwahlen zusammen ihre staatlichen Legislativen und die Verwaltungen der Countys. Die nächsten Halbzeitwahlen finden am 6. 11 2018 statt. *Alfred Küstler,* Stuttgart

Großbritannien: Erster Streik bei McDonalds

In zwei McDonalds-Lokalen hatten die Belegschaften dem Aufruf der Gewerkschaft BFAWU (Bakers, Food and Allied Workers Union) Folge geleistet und mit erstaunlichen 95,7% für den Streik gestimmt, der nun in den Filialen in London und Cambridge am 4. September 2017 stattfinden wird – der erste Streik in britischen McDonalds-Unternehmen überhaupt. Am 4. September findet außerdem ein nationaler Aktionstag Tag der Gewerkschaft für eine Fast Food Rights Kampagne statt. Zu den Rednern gehören Jeremy Corbyn und John McDonnell. Die Forderungen in der Streikabstimmung waren vor allem ein betrieblicher Mindestlohn von 10 Pfund Sterling (10,85 Euro) und die endgültige Abschaffung der sogenannten Nullstundenverträge (bei denen man zwar beschäftigt ist, aber niemals weiß, ob und wie viele Stunden in der nächsten Woche gearbeitet werden sollen), sowie die Anerkennung der Gewerkschaft. Die erste Reaktion des Unternehmens auf die Streikabstimmung: Die Zusicherung, die Nullstundenverträge würden noch in diesem Jahr landesweit abgeschafft.

fastfoodrights.wordpress.com, 21.8.2017

Großbritannien: Streik der Krankenhaus-Reinigungskräften

Am 17. Juli traten die rund 750 Reinigungskräfte von vier Londoner Krankenhäusern erstmals in den Streik – eine Woche lang, bis die Unternehmensleitung von Serco zu Verhandlungen mit der Gewerkschaft Unite bereit war. Serco ist das Unternehmen, das von dem entsprechenden Bezirk des Nationalen Gesundheitsdienstes NHS beauftragt wurde, die Reinigung der vier Hospitäler zu übernehmen – ein Vertrag für den Serco 600 Millionen Pfund Sterling erhält. Die Verhandlungen blieben ohne Ergebnis, weswegen der Streik wiederaufgenommen wurde. Die Streikenden, in ihrer Mehrheit Frauen, die aus Westafrika stammen, wehren sich vor allem gegen ständig wachsende Arbeitsintensität. Die Forderungen sammeln sich in einer Lohnerhöhung um 30 Pence (auch, um nicht mehr so viele Überstunden machen zu müssen – um „etwas Leben zu haben", wie es eine Streikende ausdrückt).

www.theguardian.com, 1.8.2017

Frankreich: Deliveroo-Widerstand gegen „neues Vertragsmodell"

Seit März hatte es bereits in verschiedenen französischen Städten Proteste und Aktionen der FahrerInnen von Deliveroo gegeben, einschließlich etwa der Gründung einer Gewerkschaftssektion der CGT in Bordeaux. Mit der Offensive der Unternehmensleitung für eine grundlegende Veränderung des Vertragssystems, hin zu einer Bezahlung nach einzelnen Fahrten, ist diese Unzufriedenheit massiv geworden. Wobei der Kampf zunächst einmal gar nicht darum geht, überhaupt das Vertragssystem in Frage zu stellen, sondern Widerstand gegen einseitige Diktate zu leisten. Denn viele der rund 7.500 Fahrrad-Kuriere sehen dies als zeitweisen oder Zusatzverdienst an, und eine Festanstellung eher als eine Einschränkung der eigenen Entscheidung über Arbeitszeiten. Die Protestbewegung der französischen Deliveroo-Beschäftigten, bei der die Aktiven schlicht 7,50 Euro/Fahrt fordern, hat mit der Protestkundgebung in Paris vom 11. August 2017 einen ersten Höhepunkt erlebt.

CGT, SUD Commerce 14.8.2017

Österreich: Air-Berlin-Betriebsrat verlangt Mitgestaltung

„Nach der Insolvenz von Air Berlin gibt es viel Frust und Wut. Die Air Berlin muss handeln, aber es geht um viel mehr als darum, Gläubiger zu befriedigen – es geht um unsere Arbeitsplätze. Egal, wie das weitere Szenario ausschauen wird, wir sind auf alle Eventualitäten vorbereitet", informierte Stefan Tankovits, Betriebsratsvorsitzender der NIKI Luftfahrt GmbH, rund 200 Beschäftigte bei der Betriebsversammlung am Flughafen Schwechat. „Wir haben unsere Lektion mit TUI im Vorjahr gelernt, wir wissen jetzt, dass die Arbeitsplatzgarantie nichts anderes als eine Beruhigungstablette war. Wir gehen alles andere als naiv in die jetzt notwendigen Gespräche, unsere Forderungen liegen auf der Hand: oberstes Ziel ist der Erhalt aller Arbeitsplätze in der Quantität und Qualität." Die Mehrheit der NIKI-Maschinen ist in Deutschland stationiert, am Flughafen Düsseldorf fanden zwei weitere Betriebsversammlungen statt, bei denen Mitglieder des Betriebsrats ihre KollegInnen über die aktuelle Situation informierten und mit vielen Fragen zu Übernahmeszenarien konfrontiert waren.

www.oegb.at 18.8.2017

Weißrussland: Regierung gegen unabhängige Gewerkschaften

Am 2. August wurden Gennady Fedynch, Vorsitzender der Radio- und Elektrogewerkschaft REP und Ihar Komlik, REP Chefbuchhalter und Vorsitzender der REP in der Stadt Minsk sowie einige weitere Beschäftigte von weißrussischen Behörden festgehalten und verhört. Gegen beide Gewerkschaftsführer wird nun wegen angeblichen Steuerhinterziehung in größerem Umfang ermittelt. Sie riskieren drei bis fünf Jahre Gefängnis. Ihar Komlik ist seit dem 2. August weiterhin im Gefängnis. Die Anschuldigungen der Steuerhinterziehung beziehen sich auf solidarische Unterstützungsbeiträge, die die Gewerkschaft 2011 erhalten hat. Diese Beträge können nicht als Privatkapital betrachtet werden. IndustriALL und der Internationale Gewerkschaftsbund fordern die sofortige Freilassung von Ihar Komlik sowie die Beendigung seiner und Gennady Fedynchs strafrechtlicher Verfolgung.

www.labourstartcampaigns.net, 21.8.2017

Kenia : Streik der Krankenschwestern

Seit rund zwei Monaten dauert nun der Streik von knapp 26 000 Krankenschwestern Kenias an – wie schon beim ebenfalls monatelangen Streik der Ärzte ab Dezember 2016 geht es schlicht darum, dass ein von der Regierung – beziehungsweise deren Vertretern – unterzeichnetes Tarifabkommen endlich umgesetzt wird. Dieser Tarifabschluss aber, und das wird nun immer deutlicher, wurde Ende 2016 auch deswegen getätigt, weil die Zentral- und Provinzregierungen einen weiterhin gemeinsamen Streik von Ärzten und Krankenschwestern verhindern wollten. Nach dem Ausgang des Ärztestreiks, der mit einem bedeutenden Teilerfolg der Streikenden endete, mehrten sich die Stimmen von offizieller Seite – vor allem eben der Provinzregierungen – die den Abschluss mit der Krankenschwestergewerkschaft „zu hoch" fanden. Der „Streik für die Verwirklichung des Abkommens von 2016" an den Provinzkrankenhäusern werde fortgesetzt, bis dieses geschehe, so die Gewerkschaft KNUN. In der KNUN haben jene Kräfte, die Ende letzten Jahres für den Abschluss eintraten – damals sehr umstritten – an Einfluss verloren.

http://allafrica.com, 7.8.2017

Israel: Streikverbot in staatseigene Unternehmen

Der Hohe Gerichtshof in Israel hat eine Vorabentscheidung erlassen, dass Arbeitnehmer in staatseigenen Unternehmen nicht mehr gegen Marktreformen, die von der Regierung durchgeführt werden, streiken dürfen. Die Vorabentscheidung kippt ein früheres Urteil zum Streikrecht und kommt als Reaktion auf Arbeitskämpfe des Histadrut-Gewerkschaftsverbandes gegen die Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Monopols, der Israel Electric Corporation (IEC), zustan-

de. Die IEC beschäftigt 12 500 Arbeiter. In den vergangenen drei Jahren hat die Regierung ein so genanntes Marktreformprogramm eingeleitet, um das staatliche Monopol auf die Stromerzeugung zu beenden. Der Privatisierungsplan bedeutet, dass das Unternehmen aufhört, Strom zu erzeugen, und seine Kraftwerke an den privaten Sektor verkauft. Die sogenannten Reformen haben bereits 800 Arbeitsplätze gekostet. Die Histadrut erwartet, dass die Privatisierung zwischen 5 000 und 6 000 Arbeitsplatzverluste bedeutet. Die Arbeiter der IEC nahmen im Juni und Juli an Arbeitskämpfen teil, einschließlich der Weigerung, Stromrechnungen auszustellen. Noch im Mai 2017 bestätigte das High Court frühere Urteile durch regionale und nationale Arbeitsgerichte zur Unterstützung des Streikrechts. Doch die Regierung legte Einspruch ein und behauptete, dass dies Streiks gegen die Regierungspolitik sind, der Streik sei politisch und daher illegal nach israelischem Arbeitsrecht. Die Regierung wurde von privaten Elektrokonzernen unterstützt.

Die Histadrut argumentierte vor Gericht, dass der Streik wirtschaftlich und daher legal und nicht politisch sei. Es sei eine legitime Verteidigung der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer und das Recht der Gewerkschaft, konsultiert zu werden, bevor die sogenannten Reformen umgesetzt werden. Das Urteil wird als ein Versuch angesehen, die Position der Arbeit in der israelischen Gesellschaft grundlegend herauszufordern. Das Gericht signalisierte, dass das Recht auf Streik das Kartell- und Wettbewerbsrecht untergraben habe, was die Regierung daran hinderte, Reformen auf dem Markt zu machen. Das Ergebnis dieses Falles wird Auswirkungen auf andere öffentliche Dienste und auf das Streikrecht haben. In früheren Fällen wurde das Streikrecht vom israelischen Obersten Gerichtshof als Grund- und Verfassungsrecht aus dem Recht auf Vereinigungsfreiheit anerkannt, auch in Fällen, in denen der Streik gegen die Entscheidungen der Regierung war. Historisch gesehen gab es eine sehr enge Beziehung zwischen der Histadrut-Föderation der Arbeit und dem öffentlichen Sektor, wobei die Föderation auch eine Reihe von Unternehmen besaß. Diese Beziehung wurde sukzessive durch wirtschaftliche Liberalisierung und Änderungen des Gesetzes seit den 1980er Jahren untergraben.

www.industriall-union.org, 16.8.2017

Indonesien: 4 200 streikende Bergarbeiter entlassen

Die Firma Freeport-McRoRan aus den USA hat innerhalb des letzten Monates 3 000 Menschen an der riesigen Grasberg Kupfer- und Goldmine in Westpapua gekündigt. Dieser Rausschmiss verstößt gegen die grundlegenden Rechte der Arbeiter, gegen die geltenden Kollektivvereinbarungen und gegen das indonesische Recht. Die Beschäftigten haben gegen die einseitige Entscheidung der Firma, sie aufgrund einer Auseinandersetzung zwischen Freeport und der Regierung Indonesiens längerfristig freizustellen, gestreikt. Der Konflikt hat sich nun nach Java ausgeweitet, wo über 300 Arbeiter eines Joint-Ventures Freeports und Mitsubishis namens PT Smelting, das Kupfer aus Grasberg verarbeitet, entlassen wurden. Bergarbeiter- und Metallgewerkschaften international verlangen von Indonesien, dass der Staat seine eigenen Gesetze vollstreckt und das Streikrecht verteidigt.

www.labourstartcampaigns.net, 6.8.2017

Malaysia: 13-jährigen Kampf für Tarifrechte gewonnen

Die Mitglieder der IUF-angeschlossenen National Union of Hotel, Bar und Restaurant Workers Peninsular Malaysia (NUHBRW) im Shangri-Las Rasa Sayang Resort und Spa haben ihre Tarifvereinbarung zurückgewonnen und kollektive Tarifrechte nach einem 13-jährigen Kampf wiederhergestellt. Im Dezember 2004 schlossen die Shangri-La Hotels ihr Rasa Sayang Resort in Penang für die Renovierung und eröffnete im September 2006 als Rasa Sayang Resort und Spa. Allerdings behauptete Shangri-La, dass alle Arbeiterinnen in ein „neues“ Hotel zurückkehrten. Die Löhne und Leistungen im Rahmen des bestehenden Tarifvertrags wurden nicht mehr angewandt. NUHBRW-Mitglieder starteten Protestaktionen gegen die einseitige Kündigung des Tarifvertrages und brachten den Fall an das Industriegericht. Die Gewerkschaft erzielte eine günstige Entscheidung, die die Tarifverhandlungsrechte der Gewerkschaft bekräftigte, doch Shangri-La startete einen kostspieligen Rechtsstreit, um ihre Macht zur einseitigen Auferlegung neuer Beschäftigungsbedingungen zu behaupten. Schließlich bestätigte das Bundesgericht im April 2017 die Entscheidung des Industriegerichtshofs und befahl dem Shangri-La, die Vertragsbedingungen des Tarifvertrags rückwirkend bis 2006 wiederherzustellen.

www.iuf.org, 4.8.2017

Auslands-nachrichten

Kambodscha: Kampf für verlorene Löhne

Die plötzliche Schließung einer Bekleidungsfabrik hat 208 Arbeiter in Kambodscha ohne Arbeitsplätze, Gehälter oder ihre gesetzlich geschuldeten Entschädigung gelassen. Ein Jahr später kämpfen diese Arbeiter, vor allem Frauen, immer noch um Gerechtigkeit. Die Fabrik – Chung Fai Strickwaren – machte Kleidung für Marks & Spencer (UK), Nygård (Kanada) und Bonmarché (UK). Die Arbeiter stehen vor einem langen Kampf. Sie standen für ihre Rechte auf, indem sie die Besitzer daran hinderten, die verbleibenden Vermögenswerte aus der Fabrik zu verkaufen, durch die physische Besetzung der Fabrik sowie die rechtlichen Maßnahmen. Sie haben außerhalb des Mark & Spencer-Büros in Phnom Penh vor dem Ministerium für Arbeit sowie vor dem Gericht protestiert. Sie schrieben Briefe an die Marken, mit der Bitte um Hilfe und Treffen. Nichts davon hat geholfen. Jetzt fordern die Arbeiter, unterstützt von Gewerkschaften und Arbeitsrechtsorganisationen, dass die Marken Verantwortung übernehmen und sicherstellen, dass sie ihre gesetzliche Zahlung erhalten.

www.iuf.org, 4.8.2017

Kanada: Unterstützung für streikende Bodenabfertiger

Arbeiter und Gewerkschaften vom internationalen Flughafen von Toronto Pearson zeigten ihre Unterstützung für die streikenden Swissport-Bodenabfertiger, indem sie am 2. August an einer Solidaritätskundgebung teilnahmen, veranstaltet vom Toronto Airport Workers Council (TAWC). Dieser Rat besteht aus Flughafenarbeitern der kanadischen Union der öffentlichen Angestellten, der Internationalen Vereinigung der Machinisten und Luft- und Raumfahrt-Arbeitnehmer, der Teamsters und Unifor und anderen. Die Swissport-Arbeiter sind seit dem 27. Juli im Streik, nachdem die Tarifverhandlungen scheiterten. Harjinder S Badial sagte: „In diesem Streik geht es um Respekt und die Solidarität von den Mitarbeitern von TAWC ist uns sehr wichtig. Es gibt eine klare Botschaft, dass wir nicht alleine in unserem Kampf sind.“ Michael Corrado, der regionale Assistent, der den Generalvorsitzenden des IAM-Transportbezirks-Hütte 140 leitet, kommentierte, dass die gezeigte Solidarität ein wichtiger Schritt zur Schaffung zivilisierter Arbeitsplätze und einer stärkeren Flughafengemeinschaft war.

www.itfglobal.org, 3.8.2017

Zusammenstellung:
Edith Bergmann, Hannover

Aktionen … Initiativen

Hilfsorganisationen stellen Rettungen auf dem Mittelmeer ein – Drei Hilfsorganisationen werden fehlen

Nachdem unser Schiff Iuventa seit mittlerweile zwei Wochen in der SAR (Search and Rescue) Zone fehlt, haben zusätzlich dazu *Ärzte ohne Grenzen/ MSF, Sea-Eye* und *Save the Children* ihre Rettungseinsätze auf dem Mittelmeer bis auf Weiteres ausgesetzt. Grund dafür ist die aktuelle Sicherheitslage, die sich durch eine veränderte Einsatzstrategie der libyschen Küstenwache verschlechtert hat. Libyen hat eine SAR-Zone ausgerufen, die weit über libysche Hoheitsgewässer hinausgeht (von 12 auf 70 Seemeilen). Damit wurden internationale Hoheitsgewässer rechtswidrig zum Einsatzgebiet der libyschen Küstenwache erklärt. Die Regierung in Tripolis hat private Seenotrettungsorganisationen deutlich gewarnt, diese Zone zu befahren. In der vergangenen Woche wurden sogar Warnschüsse in Richtung eines Schiffes der NGO Proactiva Open Arms abgegeben.

Das Sicherheitsrisiko, das von „der" libyschen Küstenwache, die de facto ein Konglomerat aus vielen unabhängigen Milizen ist, ausgeht, ist schwer einzuschätzen.

Private Rettungsorganisationen nehmen die Drohgebärden sehr ernst, denn Libyens Küstenwache ist gut ausgerüstet, stark bewaffnet und hat bereits in der Vergangenheit bewiesen, nicht vor dem Einsatz von Gewalt zurück zu schrecken. Die EU hat die libysche Küstenwache finanziell unterstützt und militärisch ausgerüstet. Die Gefahr, die von der libyschen Küstenwache ausgeht, wird wissentlich in Kauf genommen, um die Zahl von Flüchtenden auf der zentralen Mittelmeerroute zu reduzieren.

Die EU will die Mittelmeerroute schließen

Der Plan der EU, die Flüchtlingsbewegungen über die zentrale Mittelmeerroute einzudämmen, ist bekannt, spitzt sich in den letzten Wochen jedoch stark zu. Der umstrittene Verhaltenskodex für zivile Seenotrettungsorganisationen ist laut Italiens Ministerpräsident Paolo Gentiloni Teil der Strategie, die auch eine enge Kooperation mit Libyen beinhaltet. Weiter betont er: „Diese Strategie zeigt langsam Resultate. Allmählich reduziert sich der Zustrom, der Staat gewinnt und die Schlepper verlieren." Seit Freitag hat die libysche Küstenwache schon mehr als 1100 Menschen gerettet und nach Libyen zurückgebracht.

Zeitgleich zu der Beschlagnahmung unserer Iuventa hat Italien beschlossen, mehrere Marineschiffe zur Unterstützung der libyschen Küstenwache zu entsenden. Verteidigungsministerin Roberta Pinotti erklärte, Ziel der Mission sei die Stärkung der libyschen Souveränität sowie die Bekämpfung von Menschenschmuggel. Wir verurteilen diese Kooperation, die das völkerrechtswidrige Vorgehen Libyens unterstützt und damit nicht nur Gesetze, sondern auch die Verantwortung zum Schutz von Flüchtenden missachtet.

Menschenunwürdige Bedingungen in Libyen

Die Neuankünfte von Flüchtenden in Italien sind aufgrund von jüngsten politischen Entscheidungen und der Kooperation zwischen Italien, der EU und Libyen zuletzt stark zurückgegangen. Diese politischen Maßnahmen sind aus humanitärer wie auch völker- und menschenrechtlicher Sicht unverantwortlich. Sie gefährden die Leben hunderttausender Menschen auf der Flucht. Ein aktueller Oxfam-Bericht zeigt, dass Folter, Vergewaltigung und Zwangsarbeit zum Alltag der Flüchtenden in Libyen gehören. (…) Die politisch initiierte Behinderung der zivilen Seenotrettung ist mit Blick auf drei Aspekte besonders prekär:

Zum einen werden nun weniger Rettungsschiffe vor Ort sein, was zu steigenden Todeszahlen auf der zentralen Mittelmeerroute führen wird.

Zweitens sorgt die Ausweitung der SAR-Zone seitens Libyen sowie die proaktive Stärkung der Küstenwache durch Italien und die EU dafür, dass immer mehr Boote mit Flüchtenden und MigrantInnen von libyschen Einheiten gestoppt und in lebensbedrohliche Zustände zurückgebracht werden. In Libyen werden sie systematisch Gewalt und Verfolgung ausgesetzt.

Drittens verschwindet mit dem Wegfall ziviler Seenotrettung eine neutrale Instanz der Beobachtung der Situation vor Ort, was die Transparenz auf dem Mittelmeer in Gefahr bringt. Die Dokumentation von Todeszahlen und dem Zustand der Flüchtenden ist eine wichtige Aufgabe, die essentiell für eine Einschätzung der Notlage ist. Das Ziel der EU, die Überfahrten entlang der zentralen Mittelmeerroute einzudämmen, rückt näher. Schlussendlich vernebelt die aktuelle Debatte um die Legitimität und Legalität der Rettungsorganisationen eine entscheidende Ursache des Problems: Die fehlende Solidarität innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten beim Thema Flüchtlingsschutz. Italien baut Druck auf Rettungsorganisationen auf, da die EU die Belastung des Küstenstaats nicht fair aufteilen möchte. Den Preis dafür müssen Menschen auf der Flucht bezahlen.

https://www.facebook.com/notes/jugend-rettet-ev/hilfsorganisationen-stellen-rettungen-auf-dem-mittelmeer-ein/715422145333688/

Save the children: Unser Einsatz auf dem Mittelmeer – unsere Antwort auf wiederkehrende Vorwürfe

Seit 2016 sind wir mit unserem Rettungsschiff „Vos Hestia" auf dem Mittelmeer im Einsatz, um in Seenot geratene Flüchtlinge vor dem Ertrinken zu retten. Derzeit sehen wir und andere Hilfsorganisationen uns mit Vorwürfen konfrontiert, zu denen wir uns an dieser Stelle äußern wollen. Gemma Parkin, Leiterin des Medienteams von Save the Children UK, war 2016 Teil der Besatzung unseres Rettungsschiffs „Vos Hestia". Sie hat die Rettungsaktionen hautnah miterlebt. Im Folgenden bezieht sie Stellung zu fünf Vorwürfen, die wir in den letzten Wochen immer wieder gehört haben.

1. „Hört auf, Flüchtlinge aufzulesen und sie nach Europa zu befördern. Ihr unterstützt die Schlepper." – Wir sind kein Fährunternehmen. Wir kommunizieren nicht mit den Schleppern. Wir arbeiten unter der Leitung der italienischen Küstenwache und reagieren auf Notrufe nur dann, wenn wir dazu aufgefordert werden. Unser einziges Ziel ist es, das Leben von Menschen – und vor allem von Kindern – zu retten, die vor Gewalt, Verfolgung und extremer Armut fliehen. Wir bewahren Menschen vor dem Ertrinken, und wenn wir mit unserer Arbeit aufhören würden, würde das lediglich zu mehr Toten führen. Das wurde 2014 bewiesen, als die EU die Gelder für Rettungsmissionen kürzte. Die Schlepper benutzten die gleichen gefährlichen Routen und in der Folge kam es 2015 zu mehreren schrecklichen Schiffsunglücken. Bei einem einzigen solchen Unglück starben damals fast 800 Menschen.

2. „Ihr ermutigt die Menschen zur Flucht." – Wenn die Arbeit der Rettungsschiffe eingestellt wird, steigt die Zahl der Toten, aber es werden sich weiterhin Menschen auf den Weg nach Europa machen. Such- und Rettungsmissionen führen nicht dazu, dass mehr Menschen die Überfahrt über das Meer wagen. Es

bedeutet lediglich, dass mehr Menschen diese Überfahrt überleben.

Diese Studie der Oxford University belegt, dass die Zahl der Überquerungsversuche mit und ohne Rettungsmissionen ungefähr gleich hoch blieb. Doch die Zahl der Todesfälle war genau dann am höchsten, als die Zahl der Rettungsmissionen besonders niedrig war.

3. „Hört auf, Terroristen nach Europa zu bringen." – Die italienischen Behörden überprüfen und registrieren jeden, den wir retten. Alle sicherheitsbezogenen Aspekte sind Aufgabe der Behörden. Nach einer Rettungsaktion verfassen wir einen ausführlichen Bericht, aus dem die genaue Anzahl der Geretteten hervorgeht. Wenn unser Schiff das italienische Festland erreicht, werden diese Angaben von der italienischen Küstenwache genau überprüft.

4. „Es handelt sich bei den Flüchtlingen vor allem um erwachsene Männer." – Immer mehr Kinder nehmen den gefährlichen Weg über das Mittelmeer. Die Zahl stieg im Jahr 2016 um 76%. Die Zahl der unbegleiteten Kinder verdoppelte sich 2016 im Vergleich zum Vorjahr. Kein Kind sollte auf der Suche nach einer besseren Zukunft ertrinken.

Wir arbeiten in den Ländern, aus denen die Kinder fliehen, und erklären ihnen die Gefahren dieser Fluchtroute. Insgesamt sind 94% der Kinder, die über die Mittelmeer-Route nach Italien kommen, alleine unterwegs. Sie brauchen dringend Schutz, denn sie sind besonders gefährdet durch Menschenhandel, Missbrauch und Ausbeutung.

5. „Schickt sie zurück nach Libyen." – Libyen kann nicht als sicherer Ort angesehen werden. Wenn Flüchtlinge nach Libyen zurückgeschickt werden, sind sie der Gefahr ausgesetzt, inhaftiert zu werden. Die Zustände in den Gefängnissen werden allgemein als unmenschlich angesehen. Es gibt Berichte, in denen Menschen davon erzählen, wie sie geschlagen, ausgepeitscht und an Bäumen aufgehängt wurden.

(...)

Der einzige Weg das Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden, sind sichere und legale Fluchtrouten Das Versagen der EU hat dazu geführt, dass wir gemeinsam mit anderen humanitären Organisationen aktiv werden mussten, um weiteres Sterben auf dem Mittelmeer zu verhindern. Wir fordern von den EU-Staaten, Italien mit Such- und Rettungsmissionen zu unterstützen. Das Retten von Leben sollte oberste Priorität haben. Solange dies nicht geschieht, werden wir unseren Einsatz fortsetzen. Denn wir können nicht zulassen, dass Menschen auf dem Mittelmeer sinnlos sterben. Wir sehen unseren Einsatz als unsere humanitäre Pflicht. **www.savethechildren.de**

Ulla Jelpke, Die Linke, MdB

Die Unterstützung für die kriminelle libysche Küstenwache muss sofort eingestellt werden

„Nach den völkerrechtswidrigen Drohungen der libyschen Marine gegen zivile Seenotretter muss die Unterstützung der kriminellen libyschen Bürgerkriegsmilizen durch die EU sofort eingestellt werden. Die EU rüstet die sogenannte libysche Einheitsregierung und ihre verbündeten Milizen zur Hatz auf Flüchtlinge im Mittelmeer auf. Auch die aktuellen Drohungen sind Konsequenz einer perfiden Abschottungslogik, mit der Europa über Leichen geht", kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke Ulla Jelpke die Drohungen der libyschen Marine gegen zivile Seenotretter. Jelpke weiter:

„Mindestens 40% der Rettungen von Schutzsuchenden wurden von Seenotrettungs-NGOs realisiert. Wenn diese jetzt durch Libyen bedroht oder durch Italien kriminalisiert werden, bedeutet das nichts anderes, als den Tod Tausender in Kauf zu nehmen. Diese Politik ist einfach widerwärtig und bösartig. Hinzu kommt die Tatsache, dass Flüchtlinge, die nach Libyen zurückgeschleppt werden, unter schrecklichsten Bedingungen leben müssen. Sie werden missbraucht, als Sklaven verkauft oder ermordet. Auch das scheint die EU wenig zu kümmern, obwohl sogar der deutsche Botschafter in Niger die Situation in den Unterbringungen in Libyen als ‚KZ-ähnlich' charakterisierte." **www.ulla-jelpke.de/**

Pro Asyl: Menschenrechte über Bord! Warum Europas Kooperation mit Libyen so schändlich ist

Italien und die Europäische Union haben Fakten geschaffen. Mit Millionen und militärischer Unterstützung für das völlig zerrüttete Libyen ebenso wie mit der versuchten Kriminalisierung von Seenotrettern. Flüchtlinge werden nun im europäischen Auftrag in ein Land zurückgebracht, in dem schwere Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind.

Libyen soll – wie einst zu Gaddafis Zeiten – wieder zum Türsteher Europas werden. Auch, dass die Machtverhältnisse im Land äußerst instabil sind, hält die Europäische Union nicht von üppigen Finanzspritzen und technischer Unterstützung ab. Dafür erwartet man, dass sich die Zahl der ankommenden Bootsflüchtlinge in Europa deutlich reduziert. Die Folgen der aktuellen Politik: Noch mehr Menschen werden ertrinken oder in die libyschen Elendslager zurückgeschleppt.

Lager in Libyen: Unvorstellbare Hölle: ... Ein Bericht der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (UNSMIL) und des UN-Hochkommissars für Menschenrechte aus dem Dezember 2016 nennt die Situation schon im ersten Satz beim Namen: „The situation of migrants in Libya is a human rights crisis." Diese Menschenrechtskrise, die von Amnesty International seit Jahren dokumentiert wird, ist auch europäischen Politikern nicht verborgen geblieben.

Luxemburgs Außenminister Asselborn stellte klar: „Menschen werden dort vergewaltigt, es gilt kein Recht", und auch sein deutscher Kollege Sigmar Gabriel konnte nach einem Besuch vor Ort nur sichtlich erschüttert von „fürchterlichen Zuständen" in „finsteren Gefängnissen" sprechen. Das Auswärtige Amt hatte ohnehin schon im Januar klar und deutlich auf „allerschwerste, systematische Menschenrechtsverletzungen" hingewiesen: „Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migranten, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste sind dort an der Tagesordnung."

Besonders absurd ist vor diesem Hintergrund, dass Sigmar Gabriel nun in einem Interview die Frage aufwarf, „wer die Menschen denn schütze", wenn man sie nach Libyen zurückbrächte. Denn er kennt die Antwort: Niemand. Und er weiß auch: Diese Frage stellt er reichlich spät. Die massiven Menschenrechtsverletzungen in Libyen geschehen nicht etwa hinter dem Rücken europäischer Politiker*innen. Sie geschehen mit tatkräftiger Unterstützung Europas.

Wer ist die sogenannte „libysche Küstenwache"?

Der liebste Partner ist dabei eine undurchsichtige Organisation, die sich „libysche Küstenwache" nennt. Ein Begriff, der gerade von Politiker*innen gerne aufgegriffen wurde, weil er so schön nach Recht und Ordnung klingt. Die Wahrheit ist aber: Die sogenannte „libysche Küstenwache" besteht auch aus bewaffneten Warlords, die die Kontrolle der libyschen Gewässer zu ihrem Geschäft machen. Sie werden dabei von niemandem kontrolliert und sind niemandem unterstellt.

www.proasyl.de/

Zusammenstellung: *Thorsten Jannoff*

Wie entstehen Stickstoffoxide in Verbrennungsvorgängen?

Die Hauptquellen von NOx sind Verbrennungsmotoren und Feuerungsanlagen (für Kohle, Öl, Gas, Holz, Abfälle). Die Abgase von Großfeuerungsanlagen werden in der Regel über hohe Schornsteine abgeleitet und deshalb viel stärker verdünnt als solche aus bodennahen Quellen. In Ballungsgebieten ist daher der Straßenverkehr die bedeutendste NOx-Quelle, wobei der größte Anteil aus Dieselmotoren – Pkw, leichten und schweren Nutzfahrzeugen sowie Bussen mit Dieselantrieb – stammt. – Stickstoffoxide entstehen in vom Menschen herbeigeführten und auch in natürlichen Verbrennungsvorgängen aus dem gasförmigen Stickstoff (N2) und Sauerstoff (O2), die über die Verbrennungsluft zugeführt werden. Aber auch chemisch gebundener Stickstoff im Brennstoff selbst – etwa Kohle, Öl, Abfall, Holz und Biogas – wird mit dem Sauerstoff der Verbrennungsluft zu seinen Oxiden umgesetzt. Stickstoffoxide werden in allen diesen Prozessen nicht gezielt, sondern als unerwünschte Nebenprodukte erzeugt. Dabei gilt: Je besser die Verbrennung, desto höher die Temperatur und desto stärker die NOx-Bildung. In katalytisch nicht beeinflussten Verbrennungsvorgängen entsteht als Hauptprodukt NO mit einem Anteil von über 90 bis 95 % am NOx.

Warum sind Stickstoffoxide schädlich?

Sie schädigen die Gesundheit von Mensch, Tier und Vegetation in vielfacher Weise unmittelbar; im Vordergrund steht die stark oxidierende Wirkung von Stickstoffdioxid. Außerdem tragen sie als Vorläuferstoffe zur Bildung von bodennahem Ozon und sekundärem Feinstaub bei, wirken überdüngend und versauernd und schädigen dadurch auch mittelbar die Vegetation und den Boden.

Für den Menschen ist die Reizwirkung von Stickstoffdioxid auf Schleimhäute in den Atmungsorganen und den Augen an erster Stelle zu nennen. Akut treten Hustenreiz, Atembeschwerden und Augenreizung auf. Die Aufnahme erfolgt über die Atmung und kann unter Schädigung der Atemwege zu weiteren Störungen führen. Eine Zunahme von Herz- und Kreislauferkrankungen wird beobachtet. – Stickstoffoxide, insbesondere Stickstoffdioxid, können auch Pflanzen schädigen und unter anderem ein Gelbwerden der Blätter (sog. Nekrosen), vorzeitiges Altern und Kümmerwuchs bewirken. Zudem trägt Stickstoffdioxid über die Bildung von Salpetriger- und Salpetersäure zur Bodenversauerung bei ...

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/pdfs/faq_nox.pdf

Fahrverbote für Dieselfahrzeuge?

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) will für 45 weitere Städte Diesel-Fahrverbote gerichtlich durchsetzen. Die DUH ist ein Verein mit 270 Mitgliedern und hat als klageberechtigte Umweltorganisation aus Abmahnungen gegen Verbraucherschutzvorschriften ein lukratives Geschäftsmodell gemacht. Der Deutsche Städtetag sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund lehnen Fahrverbote für Dieselfahrzeuge dagegen aus guten Gründen ab. Stattdessen fordern sie eine Verkehrswende mit einem Ausbau des ÖPNV und des Radverkehrs, der Umstellung auf Elektrofahrzeuge, eine digitalen Vernetzung der verschiedensten Mobilitätsangebote und weitere Maßnahmen. So oder ähnlich fordern es auch viele Kommunalpolitiker der Linkspartei. Auch diese lehnen die Fahrverbote für Dieselfahrzeuge im Großen und Ganzen ab. Leider müssen die Kommunen die Fahrverbote umsetzen, wenn die Gerichte das verlangen. So sitzen die Kommunen zwischen den Stühlen der betrügerischen Machenschaften einiger Automobilkonzerne und den Klagen der Deutschen Umwelthilfe. Tatsächlich wurde in vielen Städten lange dem Leitbild der autogerechten Stadt alles andere untergeordnet und so manche europäischen Städte sind beim Ausbau des ÖPNV, des Radverkehrs, etc. weiter. Auch zwischen deutschen Städten gibt es große Unterschiede. Diese Unterschiede sind historisch gewachsen. Eine Umstellung auf ein anderes Leitbild in der Verkehrspolitik ist nicht von heute auf morgen möglich und braucht Zeit. Die richtigen Weichen müssen aber heute gestellt werden. Wir dokumentieren im Folgenden aus verschiedenen Stellungnahmen der kommunalen Verbände, der Partei Die Linke und aus den Gewerkschaften um den aktuellen Stand der Diskussion festzuhalten. *Thorsten Jannoff*

Städtetag nach Diesel-Gipfel:

Wichtiger Auftakt für mehr Gesundheitsschutz, jetzt schnell handeln – Fahrverbote vermeiden, aber vorsorglich Blaue Plakette einführen

Zu den Ergebnissen des „Diesel-Gipfels“ und zur Luftreinhaltung in den Städten erklärt die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, die heute am Gipfel teilgenommen hat:

„Der Diesel-Gipfel war ein wichtiger Auftakt, um die Stickoxide von Diesel-Fahrzeugen in den Städten stärker zu bekämpfen und die Gesundheit der Menschen besser zu schützen. Es ist gut und war dringend notwendig, dass heute Bund, Länder und Kommunen gemeinsam von der Automobilindustrie verbindliche Maßnahmen eingefordert haben.

Für die Städte sind diese Punkte entscheidend: Wir wollen die Gesundheit der Menschen schützen und Fahrverbote vermeiden. Wir brauchen dazu messbare Fortschritte, das heißt einen deutlichen Rückgang der Stickoxide. Und wir brauchen diese Fortschritte schnell. Die Ergebnisse des Gipfels sind da ein erster wichtiger Schritt, dem weitere Schritte folgen müssen. Das sehen wir genauso wie Bund und Länder.

Entscheidend wird jetzt sein, ob die Schadstoffbelastung durch Diesel-Fahrzeuge schnell genug und stark genug sinkt. Das wird jetzt sehr davon abhängen, wie rasch die Automobilindustrie die notwendigen Maßnahmen ergreift. Die Zeit drängt wegen der laufenden Gerichtsverfahren zum Gesundheitsschutz der Menschen. Deshalb muss jetzt sehr schnell gehandelt werden.

Es gab große Einigkeit, dass Fahrverbote vermieden werden sollen. Aber wir wissen in den Städten auch: Fahrverbote sind durch die Ergebnisse des Gipfels noch nicht ausgeschlossen. Falls die Grenzwerte weiterhin nicht eingehalten werden, ist zu befürchten, dass Gerichte für einzelne Städte Fahrverbote verlangen. Deshalb bleiben wir als Städtetag dabei: Der Bund wird eine Blaue Plakette einführen müssen. Das ist nötig, damit im Falle von begrenzten Fahrverboten diese überhaupt wirksam umgesetzt werden können. Denn es wird dann ein Instrument gebraucht, um schadstoffarme Autos kennzeichnen und Fahrverbote kontrollieren zu können.

Die Städte begrüßen, dass der Bund einen gemeinsamen Fonds mit der Industrie auflegen will, um gezielt in den 28 Städten und Regionen mit überhöhten Stickoxid-Werten kurzfristig nachhaltige Mobilität zu unterstützen. Das Geld wird helfen, die Maßnahmen aus den Luftreinhalteplänen in den Städten umzusetzen. Das heißt zum Beispiel: ein wirksameres Verkehrsmanagement verstärken, Verkehr flüssiger machen und reduzieren sowie andere Verkehrsmittel attraktiver machen.

Es ist gut und entspricht einer Forderung des Städtetages, dass der Bund den Städten bundesweit den Ersatz und die

Gemeinderat Mannheim: Linke/SPD/Grüne bringen gemeinsamen Antrag zur Entwicklung eines „Lastenhefts Mobilität“ ein

Der Kreisverband Mannheim der Linken schreibt auf seiner Homepage: „Der Verkehrsentwicklungsplan Innenstadt als maßgebende Leitlinie zur Strukturierung des Verkehrs in Mannheim entstammt noch den 1990er Jahren. Vor diesem zeitlichen Hintergrund und der Transformation im Bereich der Mobilität ist es geboten, diese Leitlinie größerräumig fortzuentwickeln und den neuen Begebenheiten anzupassen.“

Dazu haben SPD, Grüne und die Linke im Mannheimer Gemeinderat einen gemeinsamen Antrag eingebracht, der im September oder Oktober im Ausschuss Umwelt und Technik behandelt werden soll.

In dem Antrag heißt es: „Der Gemeinderat möge beschließen,

1. Die Stadtverwaltung erstellt gemeinsam mit Vertretern des Gemeinderats ein Lastenheft für die Ausarbeitung eines integrierten Mobilitätsplans.

2. Bei der Erstellung des Lastenhefts sollen Bürgerinnen und Bürger sowie interessierte Verbände und Organisationen im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen bzw. Workshops einbezogen werden

Begründung: Der Verkehrsentwicklungsplan Innenstadt als maßgebende Leitlinie zur Strukturierung des Verkehrs in Mannheim entstammt noch den 1990er Jahren. Vor diesem zeitlichen Hintergrund und der Transformation im Bereich der Mobilität ist es geboten, diese Leitlinie größerräumig fortzuentwickeln und den neuen Begebenheiten anzupassen. Es gilt, die Benutzung unterschiedlicher Verkehrsträger und Verkehrsmittel in einem integrierten Konzept auf Basis der Gleichberechtigung zu vernetzen. Hierbei sollten Fragen einer sozialverträglichen und zukunftsorientierten Urbanität, Sicherstellung der Prosperität von Einzelhandel und Gewerbe und einer nachhaltigen bzw. ökologischen Stadtentwicklung in Einklang gebracht werden.“ **(http://dielinke-ma-gemeinderat.de/im-gemeinderat/)**

Für die erste Phase der Umsetzung eines solchen Konzepts – nämlich die Verwaltung zu beauftragen, zunächst ein „Lastenheft“ zu den Anforderungen zukünftiger Mobilitätspolitik unter Beteiligung der Mannheimer Bürgerinnen und Bürger zu erstellen – kommt es vor allem darauf an, wie ein solcher Beteiligungsprozess organisiert werden und gelingen kann. Unabhängig von und begleitend zu den Aktivitäten der Verwaltung, wollen der Rosa-Luxemburg-Club Rhein-Neckar/Mannheim und die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit dem Kommunalpolitischen Forum Baden-Württemberg durch Veranstaltungen mit sachkundigen ReferentInnen die dazu erforderliche gesellschaftliche Diskussion unterstützen.

Christoph Cornides, Mannheim

Umrüstung von alten Bussen nun finanziell erleichtern will. Euro 6 bei Bussen kann dabei genauso sinnvoll sein wie Elektroantrieb, Wasserstoff-, Gas- oder Hybridfahrzeuge. Wenn der Bund nun Förderprogramme aufstockt, sollten die Länder das ebenfalls tun. Denn wir schätzen, dass eine Umrüstung der kommunalen Busse jährlich 200 Millionen Euro über fünf Jahre kosten würde.

Um die Luftqualität nachhaltig zu verbessern, müssen Bund und Länder ferner den öffentlichen Personennahverkehr in Zukunft deutlich stärken. Der kommunale ÖPNV ist nach wie vor erheblich unterfinanziert. Das bleibt eine Aufgabe für die weiteren Schritte, von denen jetzt beim Gipfel die Rede war.“

Deutsche Städte- und Gemeindebund

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat am 3. August 2017 ein Positionspapier zur Verkehrswende veröffentlicht unter den Forderungen: Verkehrswende voranbringen, Dringend: Aktionsplan Luftreinhaltung, ***Schadstoffe an der Quelle bekämpfen*** (unser Auszug),Hersteller zur Dieselnachrüstung verpflichten, Radverkehr und ÖPNV stärken!

Schadstoffe an der Quelle bekämpfen

Fahrverbote keine Lösung!

Einfache Lösungen wie Fahrverbote für Dieselfahrzeuge beinhalten eine einseitige Belastung für Pendler, Handel und Wirtschaft. Luftverschmutzungen müssen an der Quelle bekämpft und die Verursacher angemessen in Anspruch genommen werden. Die Bundesländer sind dazu aufgerufen, ausgewogene und rechtssichere Luftreinhaltepläne aufzustellen. Zudem sollte die EU-Kommission dann, wenn die Städte und Gemeinden ihre Möglichkeiten zur Luftreinhaltung ausgeschöpft haben, eine Aussetzung bzw. Fristverlängerung für die Einhaltung der Grenzwerte bei Stickoxiden vornehmen. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat mit Urteil vom 28. Juli 2017 entschieden, dass der Stuttgarter Luftreinhalteplan unzureichend ist und Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge das wirksamste Mittel seien, um die Belastungen mit Stickstoffdioxid zu reduzieren.

Das Gericht befand, dass der Gesundheitsschutz höher zu bewerten sei als die Interessen der Dieselfahrer. Andere von der Planungsbehörde in Betracht bezogenen Maßnahmen wie etwa die Nachrüstlösung, Geschwindigkeitsbegrenzungen oder Fahrverbote in geringerem Maße sind nach Auffassung des VG Stuttgart nicht gleichwertig. Bedenken hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit von Fahrverboten für Dieselfahrzeuge und der tatsächlichen Umsetzung dieser Verbote sah das VG Stuttgart nicht. Derartige Fahrverbote hätten jedoch gravierende Auswirkungen auf die Funktion der Städte (Sicherheit und Ordnung, Rettung, Ver- und Entsorgung, Pendler, Handel und Wirtschaft). Dies ist kaum vertretbar. Lebendige Kommunen sind Orte des Handels und der Begegnung. Niemand kann wollen, dass die Städte und Gemeinden praktisch lahmgelegt werden.

Verkehrswende erforderlich

Wiederholt hat der Deutsche Städte-und Gemeindebund daher darauf hingewiesen, dass Fahrverbote für Dieselfahrzeuge keine umfassende Lösung für ein grundlegendes Problem beinhalten. Das beinhaltet aber dennoch, dass die schon aus Gründen des Gesundheitsschutzes und zur Einhaltung der Grenzwerte erforderliche Umrüstung der Dieselfahrzeuge von den Verursachern, also den Fahrzeugherstellern, allein zu tragen ist. Nötig ist aber darüber hinaus eine auf Dauer wirksame und nachhaltige Verkehrswende ...

Andere Ursachen beseitigen

Die Ursachen für Luftverschmutzungen liegen zudem nicht nur im PKW-Verkehr, sondern häufig außerhalb des Einflussbereichs von Kommunen. Zu nennen sind nur Kraftwerke, der Eisenbahn- und Autobahnverkehr, aber auch die Heizungen privater Haushalte. Auch diese Verursacher sind in die Pflicht zu nehmen.

Die Ursachen unterscheiden sich dabei von Ort zu Ort ....

https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Publikationen/Positionspapiere/Verkehrswende%20voranbringen/

Herbert Behrens, Verkehrsexperte der Fraktion Die Linke

3.8. „‚Weiter so' heißt die Devise der Bundesregierung nach dem Gespräch mit der Automobilindustrie. Verkehrsminister Dobrindt bleibt das Sprachrohr der Industrie, Umweltministerin Hendricks akzeptiert das – zwar murrend, aber ohne Konsequenzen. Die von Schadstoffen geplagten Bürger und die geprellten Autofahrer bleiben auf ihrem Schaden sitzen", erklärt Herbert Behrens, Verkehrsexperte der Fraktion Die Linke und Leiter des früheren Abgas-Untersuchungsausschusses, mit Blick auf den Diesel-Gipfel. Behrens weiter:

„Der Gipfel diente ausschließlich dem Ziel, Fahrverbote und die damit verbundenen Nachteile für die Automobilkonzerne zu verhindern. Minister sind nicht dazu da, die Vorgaben der Automobilindustrie umzusetzen. Wer sein Amt so versteht, der muss seinen Sessel räumen. Die Informierung ausschließlich der Obleute der Ausschüsse für Wirtschaft, Umwelt und Verkehr am heutigen Donnerstag reicht nicht aus. Eine Sondersitzung des Verkehrsausschusses ist nötig: Fragen zu Gewährleistungsansprüchen, Kontrollen der Abgaswerte nach einem Software-Update, die Dauer der Verfahren und den Umgang mit zu erwartenden Fahrverboten sind ungeklärt. Ich unterstütze die Forderung des Bundesverbandes Verbraucherzentralen nach einem weiteren Auto-Gipfel, wo unter anderem Fragen von Entschädigungen und Schutz der Verbraucher auf die Tagesordnung gesetzt werden."

2.8.„Es hilft den Menschen in Städten überhaupt nichts, wenn ein vielfach überhöhter Schadstoffausstoß bei Diesel-Pkw um ein Viertel gesenkt wird und die Gesundheitsgefährdung um null Prozent abnimmt. Wieder einmal haben sich die Automobilhersteller durchgesetzt. Sie bekommen eine Billigvariante, um schmutzige Diesel weiter verkaufen zu können. Die Gesundheit der Menschen wird weiterhin geschädigt", erklärt Herbert Behrens, Verkehrsexperte der Fraktion Die Linke und früherer Leiter des Abgas-Untersuchungsausschusses, mit Blick auf den Diesel-Gipfel. Behrens weiter:

„Beschäftigte in der Automobilindustrie gehen in eine unsichere Zukunft, denn der Dieselmarkt bricht ein, Dieselfahrer werden aus Innenstädten ausgesperrt, und wenn sie die für die Hersteller freiwillige Software-Updates nicht vornehmen lassen, droht ihnen die Stilllegung des Fahrzeugs.

All dies war bereits zu befürchten, als sich Politik und Autobosse darüber berieten, wie man preisgünstig den Abgasbetrug erledigt.

Sich jetzt in einem Diesel-Gipfel gleich mit dem gesamten Berg ungelöster Fragen einer ökologisch und sozial vertretbaren Verkehrspolitik zu beschäftigen, ist der falsche Ansatz. Die Bundesregierung ist schon an viel kleineren Fragen gescheitert. Zu Recht erwarten die Menschen konkrete Maßnahmen zur sofortigen Senkung der gesundheitsschädigenden NOx-Werte von Dieselfahrzeugen. Die Automobilindustrie muss verpflichtet werden, auf ihre Kosten die lange schon vorhandenen teuren, aber wirksamen Abgasreinigungsverfahren in Diesel-Pkw einzubauen. Die Profitpolster sind dick genug, um das finanzieren zu können. Zwischen 2010 und 2016 verdienten allein Daimler, VW und BMW 152 Milliarden Euro.

Die Linke wird im morgigen Obleutegespräch von Umwelt-, Verkehrs- und Wirtschaftsausschuss die Forderungen der Bevölkerung sowie der Kunden und Verbraucher ins Zentrum der Debatte stellen."

Sahra Wagenknecht, 23.8.2017

„Umweltministerin Barbara Hendricks scheint beim Dieselgipfel gar nicht anwesend gewesen zu sein. Anders kann man ihre jetzige Kritik an den Beschlüssen des Gipfels nicht interpretieren. Hendricks sollte aufhören, die Menschen hinters Licht zu führen. Die Bundesregierung muss jetzt endlich handeln, die Enteignung der Besitzer von Dieselfahrzeugen verhindern und die Autoindustrie zur Bezahlung einer Umrüstung zwingen, die den Schadstoffausstoß deutlich reduziert. Technisch wäre das möglich, und die höheren Kosten sind von Unternehmen, die in den letzten fünf Jahren über 100 Milliarden Euro Gewinn gemacht haben, auch problemlos zu stemmen", erklärt Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Fraktion Die Linke. Wagenknecht weiter:

„Die Bundesregierung handelt in der Dieselaffäre unverantwortlich. Erst knickt sie vor den Autokonzernen ein. Jetzt versucht sie, die Öffentlichkeit zu täuschen. Die Konzerne müssen in Haftung für die Umrüstung genommen werden. Unternehmensspenden an die Parteien sind zu verbieten, denn sie gefährden demokratische Grundprinzipien und Verbraucherrechte."

Kommunale Politik

Linke fordert fahrrad- und fußgängerfreundliche Infrastruktur: Köln. Ein weiterer Ausbau der autofreundlichen Stadt ist in Zeiten des Klimawandels und der Diskussion über Fahrverbote weltfremd. Was die Stadt braucht, ist eine fahrrad- und fußgängerfreundliche Infrastruktur mit einem zuverlässigen und fahrscheinfreien öffentlichen Personennahverkehr. „Man kann viel einfacher aus einer Bahn oder einem Bus aussteigen und meinetwegen sein Handy von der Reparatur abholen, danach in die nächste Bahn oder Bus wieder einsteigen, da diese nicht nur in kurzem Takt kommt, sondern man braucht dann auch keinen neuen Fahrschein", erläutert Michael Weisenstein, Fraktionsgeschäftsführer Die Linke. Durch die Förderung des Autoverkehrs gehen der Stadt jährlich mindestens 100 000 € verloren – zusätzlich zu den einmaligen Umrüstkosten für die Parkautomaten. „Das ist Geld, das uns beim Ausbau der Rad- und Fußwege, aber auch für Abstellmöglichkeiten für Fahrräder fehlt. Wirtschaftsförderung auf Kosten von Umwelt und Gesundheit der Anwohner lehnen wir Linke strikt ab", so Weisenstein weiter. **www.linksfraktion-koeln.de**

Linke fordert Prüfung einer „Fahrradbahn" nach Kranichstein: Darmstadt. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Es wird die Einrichtung einer „Fahrradbahn" nach Kranichstein geprüft. Begründung: Das Fahrrad ist die preiswerteste Art, sich schnell fortzubewegen. Ein Autofahrer kostet eine Kommune so viel wie 14 Radfahrer – Folgekosten des Kfz-Verkehrs durch Feinstaub und andere Umweltbelastungen nicht eingerechnet. Hierfür sind weiterhin geeignete Wege als Anreize für diese Art der Fortbewegung zu schaffen. Eine dazu recht preiswerte Möglichkeit ist eine Route nach Kranichstein. In Verlängerung der Fahrradstraße in der Pankratiusstraße mit einer neuen Durchfahrung des Berufsschulzentrums lässt sich an den Parallelweg der Straßenbahntrasse nach Kranichstein anschließen. Hier allerdings sind etwa fünf Vorfahrtregelungen für kreuzenden motorisierten Verkehr kritisch zu prüfen und möglichst zu Gunsten des Radverkehrs zu ändern. Auch sind die Rechte der Fußgänger auf der Route zu sichern.

www.linksfraktion-darmstadt.de

Besser spät als nie: Frankfurt. a.M. Mehrere internationale Unternehmen wollen offenbar eigene Fahrradleihsysteme in Frankfurt anbieten. Fahrradleihsysteme erhöhen die umweltfreundliche Mobilität und werden mittlerweile in

allen größeren Städten von unterschiedlichen Anbietern vertrieben.
Im Zuge dessen lobte Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) das stadteigene Fahrradleihsystem in der Frankfurter Partnerstadt Tel Aviv. Insbesondere die Möglichkeit das Angebot, die ersten 30 Minuten kostenlos zu nutzen, hob der Oberbürgermeister hervor. „Die Fraktion Die Linke. im Römer ist über diese Aussage erfreut und gratuliert Herrn Feldmann für diese, wenn auch späte, Einsicht. Die Fraktion hatte im November letzten Jahres einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, in dem ein stadteigenes Angebot mit genau solch einer gebührenfreien Leihzeit gefordert wurde. Der Antrag wurde von der SPD-Fraktion abgelehnt", kommentiert Martin Kliehm, verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke. im Römer, die Aussagen von Peter Feldmann.
Sollte es dem Oberbürgermeister gelingen, seinen späten Erkenntnisgewinn auch auf seine Fraktion zu übertragen, könnte doch noch der Radverkehr durch ein günstigen stadteigenen Fahrradverleih gestärkt werden. **www.dielinke-im-roemer.de/**

Umweltstandards im Städtischen Fuhrpark: Kassel. Nicht nur bei den Schadstoffen, auch bei Verbrauch und CO2-Ausstoß gibt es eine erhebliche Diskrepanz zwischen offiziellen Herstellerangaben und der Realität. So liegt der tatsächliche Verbrauch auf der Straße laut Analyse des ICCT für Neufahrzeuge des Jahres 2015 inzwischen im Schnitt um 42 Prozent über den offiziellen Herstellerangaben. **1.** Wie viele Pkw im städtischen Fuhrpark und den städtischen Betrieben liegen mit ihrem Verbrauch unter dem Grenzwert von 95g CO2/km, der ab 2020 als Durchschnittswert für alle neu zugelassenen Pkw gilt? **2.** Wie viele Pkw im städtischen Fuhrpark und den städtischen Betrieben werden mit Diesel betrieben und erreichen in der Realität der Straßennutzung die angegebenen Abgaswerte? **3.** Sieht der Magistrat rechtliche Ansätze Fahrzeuge mit erheblichen Abweichungen von den Herstellerangaben bei den CO2 -, Abgas- und Lärmemissions-Werten zurückzugeben? **4.** Wie lauten die Umweltanforderungen, die bei der Beschaffung von neuen Fahrzeugen des städtischen Fuhrparks und der städtischen Betriebe einzuhalten sind? **5.** Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat für einen ämterübergreifenden Fahrzeugpool, um die teils sehr geringe Auslastung der Fahrzeuge zu verbessern? **6.** Ist die Nutzung von Carsharing-Fahrzeugen als Teil der notwendigen Mobilität der städtischen Bediensteten, mit welchem Ergebnis, schon einmal geprüft worden ... **https://www.vcd.org/fileadmin/user_upload/Redaktion/Themen/Auto_Umwelt/CO2-Grenzwert/17_05_23_Weiterentwicklung_der_CO2-Grenzwerte_Positionspapier.pdf https://kasseler-linke.de**

Thema: Verkehrspolitik in den Kommunen

Neue Ideen zur Luftreinhaltung nötig: Stadt entscheidet Fahrverbote nicht – Autokonzerne in Verantwortung. Essen. In der Diskussion um die Luftreinhaltung hält die Ratsfraktion Die Linke gerade in der Innenstadt unkonventionelle Lösungen für dringend notwendig. Dabei weist sie noch einmal darauf hin, dass Fahrverbote für Dieselfahrzeuge unterhalb der Euro-Norm 6 letztlich nicht in der Hand der Stadt Essen liegen – auch wenn die Ratsfraktion der SPD so tut. „Wenn die Klage gegen die Stadt Essen auf Einhaltung der EU-Grenzwerte für die Feinstaub- und vor allem Stickoxidbelastungen Erfolg hat, sind wahrscheinlich auch Fahrverbote notwendig," so Wolfgang Freye, für Die Linke im Rat und im Bau- und Verkehrsausschuss. „Trotzdem sollte alles versucht werden, die Einhaltung der Grenzwerte mit anderen Mitteln zu erreichen, denn von Fahrverboten sind vor allem Menschen und Betriebe betroffen, die sich neuere Fahrzeuge nicht leisten können. An unkonventionellen Maßnahmen müsste sich aber auch der Einzelhandel vor allem in der Innenstadt beteiligen, statt sich auf die Ablehnung von Fahrverboten und City-Maut zu beschränken. Das Einkaufszentrum Limbecker Platz sollte z.B. nicht nur Parkplätze subventionieren, die für 0,80 Euro pro Stunde konkurrenzlos günstig angeboten werden, sondern auch Anreize für die Nutzung von Bus und Bahn für die Fahrt in die Innenstadt schaffen." Aus Sicht der Fraktion Die Linke könnten z.B. die Kosten für das Straßenbahnticket durch den Einzelhandel vergütet werden oder bei Monatskarten ein Rabatt gewährt werden. Das wäre auch aus sozialen Gründen eine sinnvolle Maßnahme. „Dass es die Diskussionen um Fahrverbote überhaupt in dieser Weise gibt, ist natürlich vor allem auf die jahrzehntelange gezielte Förderung von Dieselfahrzeugen u.a. durch die Diesel-Subventionen und auf den Betrug der deutschen Automobilkonzerne an den Verbrauchern zuückzuführen," so Wolfgang Freye weiter. „Wenn es zu Fahrverboten kommt, können sich die Nutzer/innen älterer Dieselfahrzeuge bei den Automobilkonzernen und der Bundesregierung für eine jahrelange Politik des Wegsehens und der aktiven Förderung ‚bedanken'." **http://www.linksfraktion-essen.de/**

Stadtplan Berlin – 12 Projekte für eine soziale, demokratische und ökologische Stadtentwicklung: Aus dem Programm der Linken Berlin vom August 2016: **8)** *Mobilität statt Fahrpreisspirale nach oben:* Seit 2011 steigen in Berlin die Fahrpreise kontinuierlich. Diese Entwicklung hängt viele Menschen von der Mobilität innerhalb der Stadt ab, die aber eine zentrale Voraussetzung für Teilhabe am sozialen Leben ist. Wir wollen diese Entwicklung stoppen und umkehren: alle geplanten Fahrpreisanhebungen aussetzen (Fahrpreismoratorium); Preis für das Sozialticket von 36 auf 25 Euro absenken; Berechtigtenkreis für das Sozialticket ausweiten; ermäßigten Einzelfahrschein S einführen. 9) Verkehrswende statt Superstau: Berlin steht immer öfter im Stau, weil über lange Jahre falsche Prioritäten in der Verkehrspolitik gesetzt wurden. Die Zukunft des städtischen Verkehrs gehört nicht dem Auto. Wir wollen ein Verkehrssystem, in dem man ohne Auto mobil sein kann, Bahnen und Busse nicht mehr im Stau stehen und Gesundheit wie Klima nicht durch Feinstaub und CO2-Ausstoß gefährdet werden: Keine Planung und kein Bau des 17. Bauabschnitts der A 100 von der Elsenbrücke zur Storkower Straße; Beschleunigungspaket für den ÖPNV (Vorrangschaltung an Ampeln, Ausbau der Busspuren, Verkürzung der Taktzeiten in Anpassung an steigende Fahrgastzahlen); Straßenbahnnetz ausweiten, insbesondere im Westen Berlins; Jährlich 40 Millionen Euro bereitstellen für den Ausbau von Fahrradwegen, die Beseitigung von Gefahrenstellen und den Bau von Fahrradabstellanlagen.

www.die-linke-berlin.de

Hanseviertel Ost zum Vorzeigeprojekt der Energiewende machen! Lüneburg. Die Linke-Fraktion beantragt zur Sitzung des Ausschusses für Bauen und Stadtentwicklung am 28.08.2017, dass für das Hanseviertel Ost sämtliche möglichen erneuerbaren Energien wie u.a. Photovoltaik zur Stromversorgung sowie Solarkollektoren zur Warmwassererwärmung und Heizungsunterstützung zulässig sein sollen. Außerdem soll es Eigentümern und Anliegern möglich sein, ohne über das öffentliche Netz zu gehen, Energie innerhalb des Hanseviertels Ost für andere Anlieger und Eigentümer bereitzustellen. Dazu erklärt Michel Pauly, Fraktionsvorsitzender der Linken im Rat: „Im Bereich von Avacon-Fernwärme ist in den Kaufverträgen für Häuser und Wohnungen nicht nur der Anschluss an Fernwärme festgeschrieben, sondern

man muss sich verpflichten, keine andere Energie zur Wassererwärmung oder Heizungsunterstützung zu benutzen. Wir möchten jedoch, dass die Option Solarkollektoren unbeschadet des Fernwärme Anschlusszwangs gewahrt bleibt, denn wir sollten die Energiewende ernst nehmen und immer, wenn es wirtschaftlich ist, die Sonnenenergie nutzen". „Wir müssen heute die Weichen für die Energiewende von morgen stellen", fordert Rainer Petroll, der für Die Linke im Bauausschuss sitzt. „Das Gesetz zur Mieterstromförderung wurde am 29.6.2017 vom Bundestag beschlossen. Das ist ein wichtiger Baustein dafür, dass die Belieferung von Mietern mit Solarstrom vom Hausdach künftig durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert wird. Die Mieter bekommen den Solarstromanteil nicht ganz umsonst, denn die Pflicht zur EEG-Umlage bleibt bestehen (ca. 8,1 Cent pro kWh). Positiv dazu kommt der Mieterstromzuschlag von bis zu 3,82 Cent pro kWh, so dass der Mieter für jede kWh nur ca. 4,2 Cent bezahlt, statt ca. 29 Cent vom örtlichen Versorger. Die Forderung des Deutschen Städtetages, dass der Solarstrom nicht zwingend im selben Gebäude verbraucht werden muss, sondern auch die Belieferung von anderen Wohngebäuden in unmittelbarer Nähe erfolgen kann, ist erfreulicherweise aufgegriffen worden. Allerdings wird Solarstrom nur dann gefördert, wenn er nicht durch das öffentliche Stromnetz geleitet wird" erklärt Rainer Petroll. Deshalb sollte nach Ansicht der Linken der Bauausschuss darauf hinwirken, dass während der Erschließung des Hanseviertels Ost die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass alle Gebäude an ein Quartiersstromnetz angeschlossen werden können. Dafür braucht es ein Leerrohrnetz, in dem später zum Beispiel Kabel zum Anschluss von Solarkollektoren verlegt werden können. Da der Strompreis vom Versorger Jahr für Jahr steigt, wird bei Berücksichtigung der Solaranlagenkosten die Wirtschaftlichkeit umso schneller erreicht. Investoren und Käufer im Hanseviertel Ost können mit Investitionen in Sonnenenergie direkt zum Gelingen der Energiewende beitragen. **https://www.dielinke-lueneburg.de**

Antrag: Verkehrswende einleiten – Ticketfrei spart CO2: München. Die Stadtratsgruppe Die Linke fordert, langfristig einen ticketfreien Tarif im MVV zu entwickeln. Der MVV soll dafür möglichst einfache Finanzierungsmodelle darlegen.

Der Stadtrat möge beschließen: Der Oberbürgermeister und das Referat für Arbeit und Wirtschaft werden beauftragt, in den zuständigen Gremien von MVV und MVG dafür einzutreten, dass jenseits der gerade laufenden Prozesse zur Reform der MVV-Tarifstruktur eine langfristige Lösung für einen ticketfreien Tarif im MVV entwickelt wird. Ziel ist dabei, dass alle Menschen den MVV nutzen können, ohne einen Fahrschein lösen zu müssen. Der MVV wird beauftragt darzulegen, welche Gesetze in Land und/oder Bund geändert werden müssten, um einen solchen Tarif einzuführen. Zudem wird der MVV beauftragt, möglichst einfach umsetzbare Finanzierungsmodelle für einen solchen Tarif zu berechnen und dem Stadtrat darzustellen. (...)

Begründung:

Das anhaltende Wachstum von München und den Nachbarregionen kann nur verträglich gestaltet werden, wenn eine wirkliche Verkehrswende eingeleitet wird. Dazu gehört neben der Förderung der Nahmobilität und dem Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur eine Konzentration auf Ausbau und noch stärkere Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs. Der Wirrwarr an Zeit- und Zielgruppentarifen, teilweise nicht bekannte Vergünstigungstarife führen zu unübersichtlichen Fahrkartenautomaten und schrecken Viele ab. Für eine Verkehrswende ist dringend eine radikale Vereinfachung erforderlich: der Übergang von Nutzertarifen zu einem Abgabensystem für alle Nutznießer. Denn die Versorgung mit einem einfachen und bezahlbaren Nahverkehrssystem gehört ebenso zur allgemeinen Daseinsvorsorge wie etwa die Abfallentsorgung, die Schulen oder die Feuerwehr. Daher ist eine Mitfinanzierung durch sämtliche Haushalte und Wirtschaftssubjekte vertretbar. Bei einer Abgabe je Haushalt würden Kinder und Jugendliche den MVV automatisch kostenfrei nutzen können. Tagesgäste im MVV-Gebiet würden tatsächlich als Gäste behandelt und zur Fahrt mit dem ÖPNV eingeladen. Eine Jahresgebühr von zum Beispiel 365 Euro je Haushalt würde bei (geschätzt) 1,7 Mio. Haushalten im MVV-Gebiet Einnahmen von über 620 Mio. Euro generieren. Mit den Abgaben von Beherbergungsbetrieben und einer Erhöhung der Gewerbesteuer wären damit die gegenwärtig erzielten Einnahmen aus dem Ticketverkauf und aus den Zuschüssen gem. § 45a PBefG von rund 900 Mio. Euro durchaus erreichbar. Mit eingerechnet werden müssen die per Saldo eingesparten Kosten für Aufstellung und Wartung der Automaten, die Personalkosten für die Kontrolleure und die mit der Erhebung der erhöhten Beförderungsentgelte verbundenen Verwaltungskosten.

https://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Zusammenstellung: Ulli Jäckel, Hamburg

IG Metall zum Diesel-Gipfel

„Wichtiger Meilenstein zur Entlastung bei Stickoxiden von Industrie zugesagt, Verbindlichkeit in der Umsetzung steht noch aus"

Berlin – „Wirksame Regelungen zur Reduzierung der Stickoxid-Belastung in Ballungszentren, verbindliche Maßstäbe zur Nachbesserung von Diesel-Fahrzeugen sowie für einen gemeinsamen Fonds sind ein deutlicher Schritt nach vorne. Unbefriedigend ist, dass die getroffenen Verabredungen noch keinen rechtssicheren Rahmen haben. Somit bleiben das Risiko von Fahrverboten, die Sorgen von Besitzern älterer Diesel und auch die Sorgen um negative Folgen für die Beschäftigung bestehen", hat Roman Zitzelsberger, Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, der für die Gewerkschaft an dem Diesel-Gipfel am Mittwoch in Berlin teilgenommen hat, das Fazit gezogen.

Die – allerdings sehr unterschiedlichen – finanziellen Anreize der Automobilhersteller für den Austausch älterer Fahrzeuge der Normen Euro 1 bis 3, bzw. teilweise bis Euro 4 und die Zusage für einen Fonds für geringeren Schadstoffausstoß in den Städten sind als Einstieg positiv zu bewerten. Dies nicht zuletzt deshalb, da bei der angedachten Förderung von emissionsfreien Stadtbussen oder dem verstärkten Ausbau der Ladeinfrastruktur Schritte in eine emissionsfreie Mobilität gegangen werden.

Entscheidend sind jedoch für alle verabredeten und zukünftigen Maßnahmen verbindliche Regeln, die ihre Umsetzung, Wirksamkeit und Rechtssicherheit festschreiben. „Dazu müssen den angekündigten Expertenrunden deutliche Fortschritte gelingen – und zwar noch vor der Bundestagswahl", betonte der Gewerkschafter.

Mit Blick auf das jüngste Urteil des Stuttgarter Verwaltungsgerichts zu Fahrverboten ist nach Auffassung der IG Metall vor allem die Rechtssicherheit entscheidend – das Gericht hatte argumentiert, das Land dürfe sich bei seinen Plänen zur Luftreinhaltung nicht darauf verlassen, dass die Autoindustrie „irgendwie" handelt.

Die Beteiligung der internationalen Hersteller ist ebenso noch sehr unbefriedigend. Die Maßnahmen zur Nachbesserung müssen aber für alle Hersteller gleichermaßen gelten. Dies wurde in einer Gemeinsamen Erklärung der Betriebsräte der deutschen Automobilindustrie ausdrücklich gefordert.

„Bei der Debatte darf es nicht darum gehen, Umweltaspekte, wirtschaftliche Prosperität oder Arbeitsplätze gegeneinander auszuspielen. Sondern wir brauchen einen Dreiklang aus den besten Umweltstandards, einer wettbewerbsfähigen Autoindustrie an der Weltspitze und vieler attraktiver Arbeitsplätze für die Menschen. Da reicht die vorgelegte Erklärung bei weitem nicht aus“, sagte Zitzelsberger. **www.igm.de**

Position der IG Metall

... 1. Versachlichung der Debatte: Vor dem Hintergrund der zunehmend unter öffentlichem Druck stattfindenden Debatte um saubere Luft in den Städten setzt sich die IG Metall für eine gleichermaßen sachliche wie faire Diskussion ein. Mit symbolpolitischem Aktionismus, der nicht trennscharf Feinstaub, CO2 und Stickoxide auseinander hält, ist niemandem gedient. Deshalb wenden wir uns auch gegen eine pauschale „Anti-Diesel-Politik“, die keinen Beitrag zur Lösung des Feinstaub- und des CO2-Problems leisten kann.

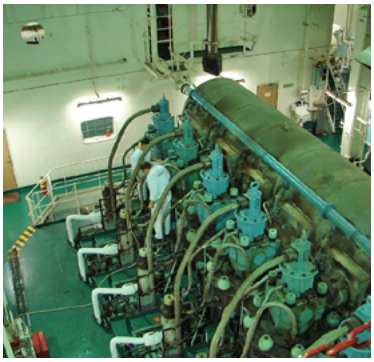
2. Wir erkennen den erheblichen Handlungsdruck, unter dem insbesondere die hoch verdichteten Ballungszentren stehen, ausdrücklich an. Es ist keine Option, mit dem Verweis auf den Fahrzeugbestand eine regelmäßige Überschreitung der Grenzwerte für Feinstaub zu akzeptieren. Denn dieser ist erwiesenermaßen gesundheitsgefährdend.

3. Als IG Metall müssen wir uns in den Städten und Gemeinden in die Diskussion über die Einhaltung von Luftreinhalte-, Luftqualitäts- und Aktionspläne aktiv einmischen. Denn es gibt offenbar keinen einfachen Königsweg, der sowohl umweltpolitisch wie sozialpolitisch akzeptabel ist. Wir sind gegen pauschale Einfahrverbote, weil diese immer mit einem hohen Maß an sozialer Selektion zusammen fallen. Wir machen uns stark für einen ausgehandelten breiten Methoden-Mix, um die Luftreinhaltungsziele zu erreichen. Wir fordern von den Städten und Gemeinden, Experimentierräume und Übergangsregelungen zu ermöglichen, und Lösungen den Vorzug zu geben, die auf technologische Verbesserungen zielen, anstatt ausschließlich auf die quantitative Reduzierung des Pkw-Verkehrs zu setzen.

4. Die Automobilindustrie muss ihren Anteil zu besserem Klima- und Umweltschutz sowohl im Bereich Neuwagen als auch durch attraktive Nachrüstungsangebote leisten. Alle Neumodelle sind ab 2018 mit Speicherkat oder SCR-Technologie auszustatten. Es müssen alle Möglichkeiten geprüft werden, inwieweit der Fahrzeugbestand ebenfalls mit neuen Technologien um- oder nachgerüstet werden kann. Bei einer durchschnittlichen Lebensdauer der Fahrzeuge von bis zu 20 Jahren würde es ansonsten bis zum Jahr 2035 dauern, um die gesamte Flotte zumindest auf das Niveau von Euro-6 zu heben.

5. Besser als pauschale, unkonditionierte Einfahrverbote wäre aus Sicht der IG Metall die Einführung einer blauen Plakette für Euro-6-Fahrzeuge. Damit würde zugleich ein Impuls zur schnelleren Erneuerung der Fahrzeugflotte gesetzt. Für Euro-5-Fahrzeuge könnten so zudem trennscharfe Übergangsregelungen und -zeiten getroffen werden, ggf. kombiniert mit Nachrüstungslösungen der Kfz-Industrie.

https://www.google.de/search?q=igm+Diesel+fahrverbote&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe_rd=cr&ei=UECdWfhpg9nwB7a2iPAJ



Bildmaterial :Wiki sowie Porsche

Diesel: Die außerordentliche Anwendungsbreite – stationäre Kraftanlagen, Eisenbahnwesen, Schiffsantriebe, Nutzfahrzeugbau – ergab sich aus dem hohen Wirkungsgrad, den diese Technologie vor allem als stetiger Leistungslieferant seit einem Jahrhundert bietet. Technische Entwicklungen der letzten Jahrzehnte machten den Diesel dynamischer und interessanter für PKWs. Die Hochtemperaturverbrennung im Diesel spart Treibstoff, verdirbt aber durch Ausstoß von NO / NOx ein öffentliches Gut, die Luft. Das Gift muss an der Quelle abgefangen werden. Das ist technisch schwierig, kostet Energie, ist aber unumgänglich. *MF*

Blick in die Presse

Der Diesel-Gipfel kann nur der Anfang sein. *Pressemitteilung des Bundesverbandes freier KFZ-Händler (BVfK) e.V.* – Fr., 4.8.17. Der BVfK e.V. begrüßt das Ergebnis des Dieselgipfels als Schritt in die richtige Richtung, dem allerdings noch weitere Maßnahmen zur besseren Abgasreinigung folgen müssen. Die freien Händler leiden aufgrund ihrer Flexibilität und Unabhängigkeit weniger unter Auswirkungen des Dieselskandals, beklagen aber dennoch Umsatzverluste und längere Standzeiten. Dieser Situation versucht der Handel durch niedrige Verkaufspreise zu begegnen, die entsprechend um 5 bis 20 Prozent nachgegeben haben.

Kfz-Gewerbe fordert Hardware-Nachrüstung für ältere Diesel. *Pressemitteilung des Zentralverbandes deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK).* Fr.,18.8.17 – Die Entwicklung schadstoffreduzierender Hardware-Lösungen insbesondere für Euro 5-Diesel fordert der ZDK. „Wenn Hersteller ihrer Verantwortung als Verursacher der Diesel-Krise gerecht werden wollen, sollten sie sich schleunigst um die Entwicklung wirksamer Nachrüstlösungen kümmern“, so ZDK-Präsident J. Karpinski. Wer sich trotz Krise im Glanz hoher Quartalsgewinne präsentiere, müsse alles tun, um Vertrauen der Kunden zurückzugewinnen und Fahrverbote nachhaltig vermeiden zu helfen. Funktionsfähige Hardware-Lösungen seien zwar aufwändiger als die angekündigten Software-Updates, aber viel wirksamer und durchaus machbar. Die Kosten für Entwicklung und Umrüstung könnten auf keinen Fall von Händlern oder gar Diesel-Fahrern getragen werden. Sinnvoll könne eine staatliche Umrüstprämie sein.

Kfz-Unternehmer beim Thema E-Mobilität gespalten. Mi., 23.8.17. – Nur jeder zweite Kfz-Unternehmer sieht die Zukunft in der reinen Elektromobilität. Dagegen werten 50% der Teilnehmer der Studie „Kfz-Gewerbe 2020plus“ den Elektromotor als eine Übergangstechnologie für andere Motorarten. Die Landschaft der Antriebstechniken für Autos wird sich stark ändern. Prognostiziert wird ein stetiger Zuwachs vor allem von Hybriden und Elektrofahrzeugen. Viele Betriebe stellen sich darauf ein, indem sie eigene Elektro-Ladestationen betreiben und sich als Fachbetrieb für Hybrid- und Elektroautos zertifizieren lassen. Insbesondere freie Werkstätten (ca. 80%) sehen das klassische Werkstattgeschäft aufgrund der Elektroautomobile im Wandel, auch weil diese wartungsärmer sind.

Zusammenstellung
Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

RECHTS AUSSEN

Paritätischer Wohlfahrtsverband kritisiert AfD-Asylkonzept als menschenverachtend und absurd. www.verbaende.com, 2.8.17. – „Die Forderung nach Abschaffung des individuellen Asylrechts stellt einen neuerlichen kalkulierten Tabubruch dar, wie er für die AfD typisch ist, …“, so U. Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Die asylpolitischen Vorschläge der AfD seien menschenverachtend, teils absurd, jedenfalls Gift für gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Der Paritätische wendet sich ausdrücklich gegen eine Politik der Internierungslager und Auslagerung des Flüchtlingsschutzes vor Europas Grenzen. Globale Probleme wie das der Flüchtlinge erfordern humanes Handeln der ganzen EU und keine militaristische Kleinstaaterei“, so Schneider. Das individuelle Asylrecht sei unantastbar und in jedem Falle zu erhalten.

Google & Co. gehen gegen rassistische Seiten im Netz vor. FAZ-Wirtschaft, So., 20.8.17. Nach den gewaltsamen Zusammenstößen weißer Rassisten in Charlottesville in Virginia lösten Internet- und Technikunternehmen aus dem Silicon Valley ihre Geschäftsbeziehungen mit Rechtsextremen. Die Internetseite „Daily Stormer“, der „Tägliche Stürmer“, verschwand ins „dunkle Internet“, nachdem Internetregisterführer wie GoDaddy und Google ihr kündigten. Die Zensur durch Internetunternehmen verstößt im Kern gegen das Prinzip der Netzneutralität, das im Silicon Valley gerne hochgehalten wird. Doch es sind Unternehmen, die ihr gutes Recht wahrnehmen, nicht mit jedem Geschäfte zu machen. Apple Pay und Paypal verweigern rechtsextremen Anbietern ihre Finanzdienste, Spotify entfernt Musik von „Hassgruppen“.Der Verlust der vermutlich wenigen weißen Rassisten als Kundschaft wird die Bilanz nur minimal treffen. Die Wette ist, dass dies den Unternehmen letztlich mehr Kunden zuführt, die ähnlich wie das Management denken. Von *Patrick Welter* (stark gekürzt und redaktionell bearbeitet von R.St.).

Gauland verließ in Offenbach die Bühne unter Protest. Am 12.8. war AfD-Spitzenmann Gauland in Offenbach a.M. und die Offenbacher OB-Kandidatin Christin Thüne im Stadthof angekündigt. Das Bündnis Bunt gegen Braun, Die Linke, VVN-BdA, DGB, SPD, Jusos u.a. hatte zur Gegenkundgebung aufgerufen, die Caritas organisierte den gemeinsamen Auftritt von mehreren Chören. Über 300 Gegendemonstranten sangen und pfiffen Gauland von der Tribüne, die AfD beendete die Veranstaltung, die nur eine halbe Stunde gedauert hatte, um 18.30 Uhr.

Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

AfD-Programm: Arbeit und Wirtschaft der Nation für die „nationalen Interessen“ Deutschlands

Trotz sozialdemagogischer Propaganda, dass „die Wirtschaft“ „dem Menschen“ zu dienen habe – was und wer das auch immer sei – , hat die AfD in Punkt 10.1. ihres Grundsatzprogramms ihr marktradikales Wirtschaftsleitbild wie folgt definiert: „Durch marktwirtschaftlichen Wettbewerb ergeben sich die besten ökonomischen Ergebnisse. Das unsubventionierte Angebot, von dem sich die Marktteilnehmer den größten Vorteil versprechen, setzt sich dauerhaft durch. Deshalb gilt für die AfD: Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle. Denn Wettbewerb schafft die Freiheit, sich zu entfalten und selbst zu bestimmen, privates Eigentum an Gütern und Produktionsmitteln erwerben zu können, eigenverantwortlich Verträge zum eigenen Vorteil und zum allgemeinen Wohl zu schließen, zwischen verschiedenen Anbietern, Produkten, Dienstleistungen oder Arbeitsplätzen wählen zu können, ertragsbringende Chancen zu nutzen, aber auch ein mögliches Scheitern selbst zu verantworten.“ Also, Entfesselung „der Wirtschaft“ von staatlicher Bevormundung. Die soziale Ungleichheit wird zementiert und weiter verschärft durch die Behauptung der „Gleichheit“ aller Wirtschaftssubjekte, ob Konzern oder Privatperson.

Die AfD fordert eine Steuerreform, die unter dem Motto „Entlastung für Alle“ vor allem die Steuern auf wirtschaftliche Tätigkeit und Eigentum senkt. Die Erbschaftsteuer soll abgeschafft, die Gewerbesteuer überprüft werden. Die AfD will eine Steuer- und Abgabenbremse im Grundgesetz, um die „staatliche Macht über den Bürger“ zu begrenzen. Der Tarif für die Einkommensteuer soll zu einem Stufentarif geändert werden, der durch Indizierung festzuschreiben sei. Konkrete Zahlen liefert die AfD dazu nicht. Der Staat soll „verschlankt“, der „Staatsverbrauch“, also die Transferleistungen, gesenkt werden. Teile der Sozialversicherung sollen privatisiert werden.

Für die AfD sind EU und Euro äußere Fesseln der nationalen deutschen Wirtschaftsinteressen. Ohne den Schimmer eines tatsächlichen Beleges, mit Polemik gegen die Eliten in Deutschland und „in Brüssel“, die gegen deutsche Interessen arbeiten würden, behauptet die AfD: „Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone ist für Deutschland unbezahlbar. Deshalb muss Deutschland die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen.“ (wie alle folgenden Zitate: Wahlprogramm Kurzfassung).

Einen besonderen Abschnitt widmet die AfD der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Sie fordert: „Beendigung der Enteignungspolitik der EZB gegen Sparer und Rentner. Die EZB zerstört mit einer Währungspolitik der unwirtschaftlichen Zinsen (Nullzinspolitik) alle kapitalgedeckten Alterssicherungssysteme von Betriebsrenten, über staatlich geförderte Rentensysteme, private Lebensversicherungen bis zu privaten Sparvermögen. Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden.“ Damit lehnt sich die AfD an gängige rechte Kritiken der EZB an, statt sich um die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung zu kümmern.

Worin diese Politik der entfesselten deutschen Nationalwirtschaft aber münden soll sagt die AfD in Ihrem Wahlprogramm auch: Euro abschaffen, DM einführen. „Deutschland muss auch in einem plötzlichen währungspolitischen Krisenfall handlungsfähig sein. Wir wollen für die Wiedereinführung einer neuen nationalen Währung („Deutsche Mark“) rechtzeitige Vorkehrungen treffen. Das im Ausland gelagerte Gold der Bundesbank muss als temporäre Deckungsoption vollständig und umgehend nach Deutschland überführt werden.“

Dass sich die AfD um das tatsächliche Funktionieren des gegenwärtigen europäischen und internationalen Zahlungsverkehrs keine Gedanken macht, zeigt die folgende Forderung: „Bis zum Verlassen des Euroraums sind ab sofort die unbesicherten Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber anderen nationalen Notenbanken der Eurozone bzw. der EZB (sog. Targetsalden) abzuschmelzen oder mit validen Sicherheiten zu unterlegen…“ (Wahlprogramm, Kurzfassung) Zu gut deutsch: die laufenden wechselseitigen Salden des laufenden Zahlungsverkehrs sollen „eingefroren“ und gesenkt werden. Das geht ja wohl kaum ohne „Einfrieren“ des zwischenstaatlichen Handels und Geldverkehrs. Und das soll dann die „deutsche Wirtschaft“ fördern?

In der Sicht der AfD ist natürlich auch die EU ein Hindernis für nationale deutsche Wirtschaft und „Souveränität“. Folgerichtig fordert sie deshalb: „Sollte die gemeinsame Rückbesinnung auf ein „Europa der Vaterländer“ mit den derzeitigen Partnern in der EU nicht möglich sein, muss Deutschland nach dem Vorbild Großbritanniens aus der EU austreten.“

Antworten auf tatsächliche Probleme von Gesellschaft und Wirtschaft: keine.

Christoph Cornides, Mannheim

Aus der Geschichte Schleswig-Holsteins:

Von der Aufklärung bis zur Abstimmung 1920

Der dritte Teil der Geschichte Schleswig-Holsteins befasst sich mit der „modernen" Zeit ab dem Dreißigjährigen Krieg bis zur demokratischen Abstimmung über die Grenzziehung zwischen Dänemark und Deutschland im Jahr 1920. Die daran anschließende aktuelle Zeit bedürfte einer eigenen Untersuchung.

Durch Kriege und Verträge zum dänischen Gesamtstaat

Nach dem Krieg ist vor dem Krieg, so jedenfalls sieht es am Ende des Dreißigjährigen Krieges im Norden Europas aus. Die Königreiche Dänemark und Schweden und ihre angrenzenden Länder werden für ein halbes Jahrhundert lang zu politischen und militärischen Rivalen, die beide ein Großreich quer über die Ostsee anstreben: in den Kriegen von 1657–58, von 1675–1679 und im Nordischen Krieg zwischen 1700 und 1721 – mit wechselnden Erfolgen und stets neuen Verträgen und Friedensschlüssen. Der eigentliche Sieger ist am Ende – vor allem nach der siegreichen Schlacht an der Poltava 1712 – das zur Großmacht erstarkte Russland unter Peter dem Großen. Ihm gegenüber müssen Schweden und Dänemark ihre territorialen Ansprüche aufgeben.

In Schleswig-Holstein bestimmt parallel dazu der Konflikt zwischen dem dänischen König und dem Gottorfer Herzog die Politik. Letzterer ist mit seinen Besitzungen der einzig verbliebene souveräne Feudalherr, der selbständig neben dem König agieren kann. Dies nutzt Herzog Friedrich IV. wiederholt für ein Bündnis mit den Schweden aus. Für den „herzoglichen Verrat" lässt König Friedrich IV. (beide sind in der Tat namensgleich) im Frieden von Frederiksborg 1720 mit Zustimmung der europäischen Mächte den Großteil von Schleswig-Gottorf annektieren. Nur ein minimaler Rest – zwei Fünftel des bisherigen Besitzes – verbleibt beim Herzog in zerstückeltem Zustand im südlichen Holstein übrig. Im „Erbhuldigungseid" von 1721 geloben Ritter, Prälaten und Besitzer adliger Güter dem eh schon absolutistisch regierenden dänischen König als alleinigem Landesherrn die Treue. Unter den dauernden Kriegen hatte vor allem die bäuerliche und bürgerliche Bevölkerung zu leiden: durch Kriegssteuern, Kontributionen, Zerstörungen und Plünderungen. Bauernhöfe wurden niedergebrannt, Dörfer und Städte verwüstet. Und zu allem Übel grassierte ab 1713 auch noch die Pest im Land.

Trotz aller offiziellen Regelungen bleibt auch nach Ende der Kriege die „Gottorfer Frage" ein politischer Unruheherd. Auf Grund von Erbschaftsrechten, die bis in das russischen Zarenreich zu Peter III. und Katharina der Großen reichen und im Kieler Schloss 1773 durch einen gemeinsamen Gebietstausch geregelt werden, und weil schließlich der letzte Herzog von Gottorf 1779 ohne Erben stirbt, fallen alle restlichen Besitzungen von Gottorf jetzt endgültig an das dänische Königshaus. Nun gehört das Land von der Elbe bis zum Nordkap komplett zu Dänemark: Norwegen, Island, Grönland, die Färöer-Inseln und Schleswig-Holstein.

Vorreiter in Europa für Aufklärung und Reformen

Im 18. Jahrhundert erfährt das Land Schleswig-Holstein unter der Herrschaft des absolutistischen Dänemark dennoch auch gute Zeiten. Die Könige installieren für ihre alten und neuen königlichen und herzoglichen Territorien aufgeschlossene und „aufgeklärte" moderne Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Justizinstitutionen. Das Land wurde in Rücksicht auf gewachsene bäuerliche „autonome Landschaften" (Dithmarschen, Friesland und Fehmarn) in Verwaltungsbezirke und Ämter eingeteilt. Die Städte erhielten oder behielten eigene Stadt- und Bürgerrechte (z.B. die Lübecker und Schleswiger). Die Ämter, Kirchspiele und Harden verwalteten sich selbst, erhoben Steuern und Abgaben, mussten aber ihre Überschüsse an die zentrale Staatskasse in Kopenhagen abliefern. Nach dem wirtschaftlichen Niedergang in dem kriegerischen Jahrhundert zuvor bildete sich ein wachsender Wohlstand heraus. In Rechtsfragen wurden niedere Magistratsgerichte und ein Obergericht in Gottorf/Schleswig eingerichtet. Man bemühte sich um eine genaue Untersuchung des Sachverhaltes und ein begründetes Urteil – auch gegenüber bisher außerhalb der Gesellschaft stehenden Personen, wie z.B. Obdachlosen, Bettlern oder Zigeunern.

Träger dieser neuen „aufgeklärten" Vorstellungen waren vor allem die zahlreichen fortschrittlichen Minister und Statthalter aus dem deutschen und holsteinischen Adel und der bürgerlichen Bildungselite: Die Grafen Ernst (1712–1772) und Peter Bernstorff (1735–1797), der Kaufmann Carl Schimmelmann (1724–1782) und schließlich der durch die Filmindustrie besonders berühmt gewordene Leibarzt des Königs Johann Friedrich Struensee (1737-1772), der allerdings wegen seiner überstürzten Reformwütigkeit und seiner Liebesbeziehung zur Königin Mathilde 1772 des Amtes enthoben und hingerichtet wurde.

Es wurden ernsthafte Versuche unternommen, auch die feudal geprägte Agrarwirtschaft zu verändern, die sich als wirtschaftlich und moralisch überholt darstellte. Auf den königlichen Domänen in Schwansen und Angeln wurden Bauern und Kätner (Kleinstbetriebe) zu Eigentümern gemacht. Ihren Besitz grenzten sie durch die bis heute für Schleswig-Holstein typischen „Knicks" ab. Das eigenverantwortliche selbständige Wirtschaften der Bauern erbrachte sehr bald eine Steigerung der Getreideerträge und eine Zunahme des gewinnbringenden Exportes. 1788 wurde durch zentralen Beschluss grundsätzlich die Abhängigkeit der Bauern von den Gutsherren durch eine Verordnung aufgehoben und trat 1804/05 in dem Gesetz zur Aufhebung der Leibeigenschaft in Kraft: Dienstzwang, Hofdienste, Bauernlegen und gutsherrliche Gerichtsbarkeit hatten in Dänemark vor allen anderen Staaten Europas ihr Ende gefunden.

Im Sinne des Merkantilismus förderte der Staat Schifffahrt, Handel und produzierendes Gewerbe mit einer eigenen Handelskammer, der ersten „Schleswig-Holsteinischen Bank" in Altona (1788) und der ersten „Kieler Sparkasse" (1796). Die vorteilhaft am Sund gelegene Hauptstadt Kopenhagen bildete die Zentrale für den Bau von Schiffen und Handelsflotten, mit denen das Königreich – trotz Seekriegen und Piraten – „neutral" internationale Tonnagen im Mittelmeerraum, im Atlantik, an den Küsten Afrikas und in der Karibik beförderten (Waffen, Sklaven, Rohrzucker). Kaufleute und Reeder aus Eckernförde und Altona gründeten eigene Firmen für diesen weltweiten Kommissionsverkauf. Und als seekundige Matrosen und Kapitäne wurden besonders gerne die erfahrenen seekundigen Bewohner der Inseln Amrum und Föhr angeheuert. Ihre prächtigen Grabsteine kann man heute noch auf Friedhöfen der Inseln bewundern.

Von Napoleon zur „Nationalen Frage"

Nach den zermürbenden Kriegen gegen die Schweden zu Beginn des 18. Jahrhunderts betrieb Dänemark eine strenge Neutralitätspolitik, auch nach der Französischen Revolution von 1789 und den daran anschließenden Napoleonischen Kriegen. Nach der Errichtung der Kontinentalsperre durch den Franzosenkaiser

gegen England war es nur noch schwer möglich, sich aus allem heraus zu halten, zumal Dänemark in der Seefahrt eine so wichtige Rolle spielte und Helgoland vor seiner Küste zur Schmugglerinsel wurde. Die feudalen Staaten wie Italien, Österreich, Preußen, Schweden und Russland hatten sich längst gegen Frankreich entschieden. 1801 überfielen deshalb die Briten die vor Kopenhagen liegende Flotte und vernichteten sie völlig. Eine Welle des Patriotismus ging durch das Land, auch bei den Schleswig-Holsteinern (Prof. Weber: „Auch wir sind brave Dänen!“). Die Stimmung schlug aber sehr bald in ihr Gegenteil um. Nachdem das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ im Jahr 1806 aufgelöst worden war, erklärte König Friedrich VI. ganz Holstein – das bisher nur durch „Personalunion“ zu dem König von Dänemark gehörte (es war rechtlich immer noch „deutsches Lehen“) – zum „ungetrennten Teil“ des Dänischen Reiches. In seinem „Inkorporationspatent“ verlangte er, dass die Schleswig-Holsteiner, die Bewerber für den Staatsdienst waren, dänische Sprachkenntnisse besitzen mussten und dazu in allen Landesteilen die Amts-, Schul- und Gottesdienstsprache statt in plattdeutsch, friesisch oder deutsch nur noch in Dänisch abgehalten werden sollten. Die Empörung sowohl der Ritterschaft, des konservativen „Emkendorfer Kreises“ als auch vieler modern denkender Intellektueller war groß und gab den Auftakt zu der das 19. Jahrhundert bestimmenden „nationalen deutschen“ Bewegung.

Nach einem erneuten britischen Angriff mit 50 000 Mann auf Kopenhagen, stellte sich Dänemark 1807 auf die Seite Frankreichs. Zu seinem Nachteil. Das Heeresaufgebot und die zunehmenden Niederlagen Frankreichs führten 1813 zum Staatsbankrott Dänemarks und zwang den König, 1814 in Kiel einen Friedensvertrag zu unterschreiben, in dem er das seit 450 Jahren zu Dänemark gehörende Norwegen an Schweden abtrat. Auf dem Wiener Kongress 1815 wurde es zwar mit dem im Süden Holsteins an der Elbe liegenden Lauenburg entschädigt und der König konnte die Herrschaft über ganz Schleswig-Holstein behalten, aber es war dennoch von einer nordeuropäischen Großmacht zu einem Kleinstaat degradiert worden.

Dänen, Deutsche und Preußen

Die Sprachgesetze von 1806 riefen nicht nur die deutschsprachigen Studenten und Professoren der Kieler Universität – wie z.B. Theodor Mommsen („Römische Geschichte“) – auf den Plan, es folgten ihnen im Laufe der Jahrzehnte auch die Dichter Theodor Strom („Schimmelreiter“) und Klaus Groth (plattdeutsche Erzählungen „Quickborn“). Auf der Grundlage der Ideen der Französischen Revolution forderten vor allem die Wissenschaftler wie auch in anderen Regionen Deutschlands das allgemeine Wahlrecht, sowie Presse- und Meinungsfreiheit. Dabei suchten sie den Anschluss an den 1815 gegründeten Deutschen Bund.

Nach der Julirevolution 1830 in Paris entwarf Uwe Jens Lornsen einen ersten (damals Europas fortschrittlichsten) Verfassungsentwurf für Dänemark und Schleswig-Holstein, auf den der König Friedrich IV. aber lediglich mit einer reaktionären an den Grundbesitz gebundenen „Provinzialständeordnung“ reagierte. Aus Protest trafen sich daraufhin ab 1835/6 wieder die seit 1675 nicht mehr einberufenen Vertreter der Ständeversammlungen in Itzehoe für Holstein und in Schleswig für das Land Schleswig. Überall im Lande bildeten sich Sänger-, Sport- und Sprachvereine, die ihre patriotischen Feste feierten und mit blau-weiß-roter Fahne und dem Lied „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ auf den Lippen ein eigenes Herzogtum im zukünftigen „Deutschen Reich“ forderten. Auf der anderen Seite sammelte sich unter der Führung des Theologen Severin Grundtvig eine konträre dänisch-skandinavische Bewegung, die die Eider endgültig als Grenze des dänischen Reiches und seines Sprachraums sehen wollte, die so genannten „Eiderdänen“.

Nach der Februarrevolution von 1848 in Frankreich beschloss die Ständeversammlung eine eigene Verfassung und gründete eine provisorische Regierung in Kiel. Durch einen Staatsstreich gelangte König Friedrich VII. auf den dänischen Thron mit deutlicher Sympathie für die Eiderdänen. Eine kriegerische Auseinandersetzung war nicht mehr zu vermeiden. In den zwei folgenden Kriegen standen sich das königlich-dänische Militär und die schleswig-holsteinischen Freischärler gegenüber, sehr bald unterstützt von preußischen und österreichischen Truppen, im Namen des Deutschen Bundes. Der für Dänemark siegreichen Schlacht bei Idstedt von 1850 folgte 1865 seine Niederlage bei den Düppeler Schanzen. Im Hurraschritt zogen die Verbündeten bis in das nördlich gelegene schon allein sprachlich völlig dänische Jütland „bis an den Belt“, wie es im „schleswig-holsteinischen Nationallied“ gefordert und auch heute gelegentlich noch gesungen wird.

Nicht einig über die weitere Verwaltung des eroberten Landes, inszenierte Preußen 1866 unter Reichskanzler Bismarck gegen seinen Verbündeten Österreich eine erfolgreiche Schlacht bei Königsgrätz. So konnte der preußische Staat sich im so genannten „Annexionsgesetz“ das Gebiet von Schleswig und Holstein gänzlich allein unterwerfen und es bei der Gründung des „Deutschen Reiches“ in Versailles 1871 in das neue „Deutsche Reich“ eingliedern. Schleswig-Holstein wurde für 80 Jahre Provinz Preußens, bis es 1947 ein eigenes Land in der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland wurde.

Zunächst bereiteten einige preußische Reformen wenig Freude: weil z.B. alle Personen männlichen Geschlechtes nun eine allgemeine dreijährige Wehrpflicht zu absolvieren und für „Volk und Vaterland“ in den Krieg zu ziehen hatten, auch diejenigen, die sich als Dänen verstanden. Dennoch hatte das Land Schleswig-Holstein nach dem Vollzug dieses militärischen und politischen Gewaltaktes durch Bismarck viele Vorteile von seinem neuen Status. Radikal wurde mit der aus dem Mittelalter oder der frühen Neuzeit stammenden Buntscheckigkeit und den alteingesessenen Privilegien in Städten, Ämtern, Landschaften, Harden, Kirchspielen und bei den Gutsbesitzern aufgeräumt und durch noch heute meist bestehende zentral gelenkte Kreise, Städte und Gemeinden ersetzt. Vereinheitlicht wurde auch die Steuererhebung und das Zivil- und Strafrecht mit Berufungsinstanzen bis zum Obersten Gerichtshof in Berlin. Die Dänen hatten das ja schon strukturell vorbereitet. Dass nun allen Menschen des Landes – Bauern und Bürgern, kleinen Kätnern und Tagelöhnern, Frauen und Kindern, Armen und Arbeitslosen – in der Praxis das gleiche Recht zuteil wurde wie den Adligen, Eli-

Entwurf für ein Gemälde über die Ausrufung der „Provisorischen Regierung“ 1848 für das Kieler Rathaus von Hans Olde. Links sieht man Bürgerliche, Handwerker und Arbeiter.

ten, dem Militär und den Beamten, wird kaum anzunehmen sein. Aber ein relativ gleiches Verwaltungsrecht brachte sicher für einen großen Teil der Bevölkerung wichtige Verbesserungen gegenüber ihrer bisherigen Lage.

Schleswig-Holstein konnte als Teil des Reiches von dessen wirtschaftlichen Aufschwung mit seinen wachsenden weltweiten Beziehungen profitieren. Schnell entwickelte sich auch in Schleswig-Holstein die Industrialisierung mit neuen Produktions- und Handelsstätten. Es entstanden die Textilfabrik in Neumünster, die Zementindustrie in der Carlshütte in Rendsburg, der Werft- und Maschinenbau in Kiel bei den Gebrüdern Howaldt und die Marinestützpunkte für die deutsche Flotte mit der Germania-, der Kaiserlichen und der Reichswerft. Ab 1887 wurde der bisherige, bereits von den dänischen Königen erbaute „Eiderkanal" durch einen für größere Seeschiffe geeigneten „Kaiser-Wilhelm-Kanal" (heute Nord-Ostsee-Kanal) ersetzt. Auch zu Lande wurde der Verkehr von Straßen und Eisenbahnen neu geregelt. Nun konnte man bis hin zu den kleinen nordfriesischen Inseln und Halligen und zu den Städten und Stränden an Nord- und Ostsee fahren. Das ließ einen lukrativen Fremdenverkehr entstehen.

Die Landwirtschaft wurde mechanisiert mit Hilfe von Düngemitteln, pflanzlicher Veredelung, Züchtung neuer Sorten von Getreide und Vieh, durch die Errichtung von Meiereien und Maßnahmen der Entwässerung. Bauern und Bürger gründeten eigene Vereine und bildeten Berufsverbände, aber auch Kriegervereine entstanden. Für landlose Bauern wurden Arbeitsplätze in der Industrie frei, aber auch das Handwerk war weiterhin gefragt. Obwohl von einem allgemein wachsenden Wohlstand gesprochen werden kann, mussten natürlich die entsprechenden Löhne und sozialen und politischen Interessen der Arbeiterschaft erst hart erkämpft werden. Neben den bisher konservativen entstanden nun auch liberale und sozialdemokratische Parteien. Bald gab es meist der SPD nahestehende Gewerkschafts- und Landarbeiterverbände, die 1889 und 1890 die ersten großen 44 Streiks organisierten.

Die im fremden preußischen Schleswig-Holstein wohnenden dänischen Bürger erfuhren wenig Anerkennung und Unterstützung. Preußen legte 1878 fest, dass – in genauso bornierter Weise wie einst der dänische König 1806 –, überall in Kirchen, auf Ämtern und vor allem in den Schulen deutsch gesprochen werden müsse. Widersetzliche Lehrer und Pastoren wurden entlassen. Schnell bildete sich eine dänische Gegenbewegung unter der Leitung des Journalisten H.P. Hansen heraus. In Nordschleswig erklärten sich Bürger staatspolitisch zu Dänen oder wanderten aus. Man gründete Schulvereine und Heimvolkshochschulen für den sprachlichen Erhalt des Dänischen. Mit dem „Nordschleswigschen Wählerverein" wurde eine erste heute noch existierende dänische Gegen-Partei ins Leben gerufen.

Ein Gemälde von Stefan V. Petersen, Kopenhagen: Nach der Abstimmung 1920 besucht König Christian X. auf einem Schimmel zu Ehren der Genforening (Wiedervereinigung) Orte in Dänemark.

Erster Weltkrieg und Volksabstimmung

Im Ersten Weltkrieg stehen sich Deutsche und Dänen als Feinde gegenüber. Die anfängliche Kriegsbegeisterung vieler Deutschen richtet sich jedoch vor allem gegen den Erzfeind Frankreich. Die Regierung unter Kaiser Wilhelm II. und die Heeresleitung unter Hindenburg versuchen, diesen Gegner in einem endlosen Stellungskrieg mit neuen mörderischen Waffen zu vernichten. Vergeblich. Durch die gelenkte Kriegswirtschaft gehen Produktion und Handel zurück, in der Landwirtschaft fehlen Arbeitskräfte, die durch Gefangene und Frauen ersetzt werden. Im Rübenwinter 1916/17 hungern bereits Millionen von Menschen, eine verheerende Grippewelle überfällt die geschwächten Menschen zu Tausenden. Es kommt zu Arbeitsniederlegungen und Streiks in Kiel, Flensburg, Neumünster und Itzehoe. 70 000 Unterschriften für eine „Friedenspetition" gehen an den Reichstag in Berlin. Ohne Erfolg.

1918 weigern sich Marinemannschaften und Werftarbeiter in Kiel, ein letztes nutzloses Seegefecht auszuführen. Es kommt in der Stadt zum berühmten Matrosenaufstand und zur Bildung von Soldaten- und Arbeiter-Räten in den größeren Städten, aber auch zur Bildung von Bauernräten auf dem Lande und in kleineren Orten wie Elmshorn, Eckernförde und Heide. Unter dem dazu angereisten SPD-Abgeordneten Noske wird der Generalstreik ausgerufen und liefert damit das Signal zur Gründung der Weimarer Republik, die in Berlin ausgerufen wird. Der Kaiser muss abdanken. Das 1917 vom amerikanischen Präsidenten Wilson verkündete 14-Punkte-Programm soll zukünftig das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" garantieren. Darauf berufen sich jetzt vor allem die Dänen.

Der Forderung nach einer Neuregelung der Gebiete zwischen Dänemark und Deutschland wird auf europäischer Ebene durch die Bildung einer Internationalen Kommission (CIS) entsprochen. Am 10. und 14. Februar 1920 finden „en bloc" in zwei Zonen Abstimmungen statt, in der Zone I, nördlich von Flensburg bis zur Königsau, und in der Zone II, südlich von Flensburg in Angeln und auf den Friesischen Inseln. Mit örtlich unterschiedlichen Ergebnissen geht die erste Zone mit 74,9% erwartungsgemäß an Dänemark, die zweite Zone mit 80,2 % an Deutschland. Auf beiden Seiten bleiben dänische und deutsche Minderheiten zurück. Aber die territorialen Grenzprobleme sind vorerst gelöst und an Dänemark wird mit Jütland sein großer nördlicher Teil und an Deutschland der stets umstrittene Landesteil Schleswig jeweils „zurück" gegeben.

Ein europäisches Jahrtausendwerk, wenn man auf die erste Absprache über eine Grenzziehung zwischen dem fränkischen Kaiser Karl dem Großen und dem Dänenkönig Göttrik im Jahre 811 zurück blickt, wenn man an die Auswanderung, Vertreibung und Ansiedlung so vieler europäischer Volksgruppen – vor allem der Sachsen und Slawen – denkt, an die Zerrissenheit des mittelalterlichen feudalen Flickenteppichs, die Eigenwilligkeit, mit der „freie Bauern" und Lübecker Bürger ihre Selbständigkeit und Sonderinteressen wahrgenommen haben, die vielfältigen sprachlichen und politischen Kulturen, die die Bevölkerung entwickelt hat, die schrecklichen feudalen Kriege nordischer Großmächte und die darauf folgenden kaum zu zählenden Verträge ins Auge fasst – dann kann man schon erfreut darüber sein, dass die demokratisch abgestimmte deutsch-dänische Gebietsregelung von 1920 erstmalig und hoffentlich endgültig eine vernünftige Lösung gebracht hat. *Edda Lechner,* Norderstedt

15. JUNI
1977
SPANIEN

Spanien: Erste demokratische Wahl nach der Franco-Diktatur

Am 15. Juni 2017 fanden in Spanien große Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der ersten demokratischen Wahl zum spanischen Parlament nach dem Ende der Franco-Diktatur statt. Wählen durften damals Frauen und Männer ab 21 Jahre. 1978 wurde das allgemeine Wahlrecht ab 18 Jahre in der Verfassung verankert. Noch im Februar 1981 musste ein Putsch von Teilen des Militärs gegen die junge Demokratie abgewehrt werden. In der Zwischenzeit haben weitere zehn Parlamentswahlen, Wahlen zu den Parlamenten der autonomen Regionen und Kommunalwahlen stattgefunden, und es ist keine relevante politische Kraft sichtbar, die das allgemeine Wahlrecht zur Disposition stellen würde.

Vor 1977 wurde das Wahlrecht nur während zweier kurzer Perioden gewährt:

Zwischen 1868 und 1874 und in der Zweiten Republik zwischen 1931 und 1936.

„Sechs revolutionäre Jahre" 1868 bis 1874, Erste Republik

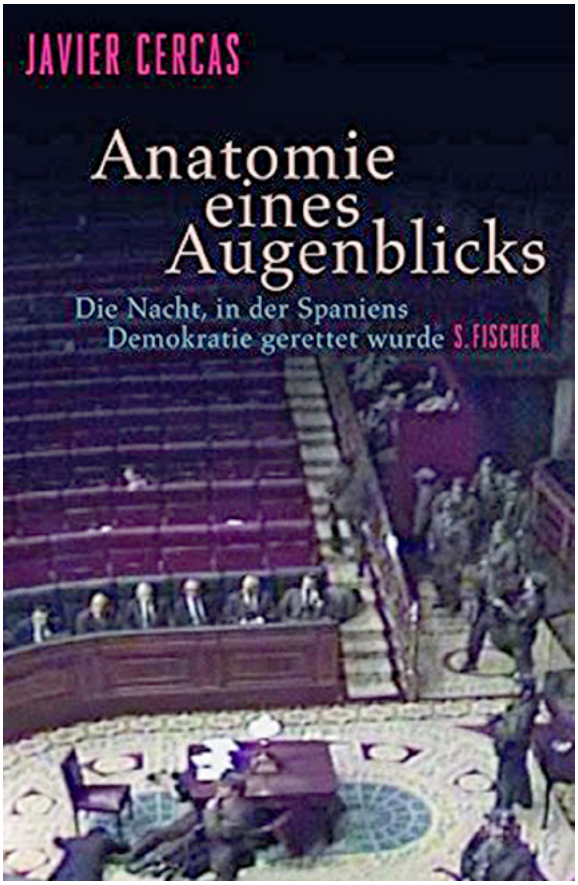
Vergleichbar den Ereignissen, die im übrigen Europa dem Revolutionsjahr 1848 folgten, führten revolutionäre Vorgänge im September 1868 zum Sturz der Bourbonendynastie und im Jahr 1873 zur Ausrufung der Ersten Republik.

Zum Zeitpunkt der Septemberrevolution 1868 war das Ancién Regime am Ende, die feudalen Beziehungen auf dem Land waren zumindest formal verschwunden, das zuvor großteils an die „Tote Hand" (Aristokratie, Klerus, Gemeinden) gebundene Land war zur Ware und Quelle großer Kapitalakkumulation geworden. Ein einheitlicher Markt war entstanden, Geldsystem, Rechtsprechung und Gesetzgebung waren vereinheitlicht, Eisenbahnnetz und Landstraßen erleichterten Transport und Kommunikation. Große Teile der Bauernschaft waren verarmt und proletarisiert. 1870 fand der erste spanische Arbeiterkongress statt.

Im Januar 1869 konnten erstmals alle Männer ab 25 Jahre (24 % der Bevölkerung) wählen. Die im Juni 1869 erlassene Verfassung einer konstitutionellen Monarchie ging vom Prinzip der Volkssouveränität aus, erließ einen ausführlichen Grundrechtskatalog, garantierte das Männerwahlrecht, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und verbesserte mit einigen Reformmaßnahmen die Lage der Arbeiter. Die traditionellen Eliten verhinderten aber den Versuch, die politische in eine soziale Revolution fortzuentwickeln und die Agrarstruktur zu ändern. Im Dezember 1874 wurde die Bourbonenherrschaft wieder restauriert.

Restauration und Diktatur Primo (1875–1930)

Die Restauration der Bourbonen und die Rückkehr der bürgerlich-großgrundbesitzenden Schicht an die Macht fand ihren Ausdruck in der neuen Verfassung von 1876: Der Monarch erhielt das Recht, Regierungen zu ernennen und zu entlassen sowie das Parlament aufzulösen, und man führte das Zensuswahlrecht wieder ein (2 bis 5 % Wahlberechtigte auf Basis von Grundbesitz und Bildung). 1890 wurde unter dem Druck der Opposition zwar formal das allgemeine Männerwahlrecht wieder eingeführt, durch zum System erhobene Wahlfälschung konnte die Opposition aber von der Regierung ausgeschaltet werden. Vor allem auf dem Land nutzte der „Kazike" (Großgrundbesitzer, Bürgermeister, Pfarrer, Lokalboss) die sozialen und ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse, Unwissenheit (1900 waren noch 66,5 % der Spanier Analphabeten) und Armut zur Druckausübung und Einflussnahme aus. Reichte dies nicht, wurden die Wahlen massiv gefälscht (Austausch von Wahlzetteln, Schließung von Wahllokalen, Ausschließung missliebiger Kandidaten). 1885 einigten sich die zwei führenden dynastischen Parteien, die Konservativen und die Liberalen, auf den Pardopakt. Zur Sicherung der Monarchie wurde der Kampf untereinander eingestellt, mit Hilfe der Wahlmanipulation wechselten sich die beiden Parteien regelmäßig in der Regierung ab. Nutznießer war die Oligarchie, die adelig-großbürgerliche Schicht agrarischer Eigentümer, die eng mit Vertretern der Banken, der Eisenbahnen, der Kolonialgeschäfte und Werften verwandt und verschwägert war. Die meisten Großgrundbesitzer lebten in Madrid oder in einer Provinzhauptstadt und übertrugen ihre Ländereien an Verwalter oder verpachteten sie. Die Ausübung der politischen Macht lag in den Händen dieser kleinen Elite (einige Tausend Familien), aus denen Berufspolitiker und die Wirtschaftselite des Landes hervor gingen. Demokratische, republikanische bürgerliche Kräfte, Sozialisten, Arbeiter- und Landarbeiterbewegung fanden sich im politischen System der Restauration in einem kaum nennenswerten Umfang vertreten. Das Wahlsystem, das zu einer überproportionalen Repräsentanz der ländlichen Regionen führte, sowie die paternalistischen Abhängigkeitsstruk-



Bei **„Anatomie eines Augenblicks. Die Nacht, in der Spaniens Demokratie gerettet wurde."** (S. Fischer Verlag, 2011) von Javier Cercas handelt es sich um eine Mischung aus einer Chronik des verhinderten Putschversuchs und einem Polit-Thriller. Obwohl als Sachbuch geführt, wurde es mit dem Premio Nacional de Narrative ausgezeichnet, dem wichtigsten unabhängigen Literaturpreis Spaniens.

Ausgangspunkt des Buches sind die Kameraaufzeichnungen vom Beginn des Putschversuchs im spanischen Parlament.

Nur drei Personen warfen sich nicht in Deckung, als die ersten Schüsse fielen: Adolfo Suarez (Ministerpräsident), Manuel Gutierrez Mellado (General) und Santiago Carillo (Chef der kommunistischen Partei Spaniens).

Javier Cercas nähert sich dem Geschehen über diese drei Personen, den „eigentlichen Protagonisten des Übergangs zur Demokratie". *cs*

Clara Campoamor – Kämpferin für die Einführung des Frauenwahlrechts

Clara Campoamor (geb. 12.2.1888 in Madrid) musste nach dem frühen Tod ihres Vaters mit 13 Jahren ihre schulische Ausbildung abbrechen, um ihre Mutter als Näherin zu unterstützen. Danach arbeitete sie in verschiedenen öffentlichen Betrieben. 1914 trat sie eine Stelle als Lehrerin für Erwachsene an, allerdings beschränkte sich ihr Unterricht aufgrund ihrer fehlenden akademischen Ausbildung auf Stenographie und Maschinenschreiben. Später arbeitete sie als Sekretärin bei der liberalen politischen Zeitung „La Tribuna".

Nebenberuflich schloss sie mit 36 Jahren ein Rechtsstudium ab und war die erste Frau, die als Anwältin vor den spanischen Obersten Gerichtshof trat. Sie begann sich mit Rechtsfragen zum Status der Frauen in Spanien zu beschäftigen.

Abb. Robert, Don Quijote-Sprachreisen. www.donquijote.de/blog/campoamor-und-das-frauenwahlrecht-in-spanien

Bei der ersten Wahl während der II. Republik (nur passives Frauenwahlrecht) im Juni 1931 wurde Campoamor für die Republikanische Partei als Abgeordnete gewählt.

Da Ihre Forderung nach einem allgemeinen, aktiven Frauenwahlrecht von ihrer eigenen Partei nicht unterstützt wurde, verließ sie diese und wurde parteifreie Abgeordnete. Mit Unterstützung weiblicher Aktivistinnen konnte sie das aktive Wahlrecht für Frauen, ihre juristische Gleichstellung und das Recht auf Scheidung durchsetzen. Bei der 2. Wahl am 19.11.1933 wurde Campoamor nicht wiedergewählt.

Der Militärputsch 1936 zwang sie ins Exil in die Schweiz, wo sie weiterhin politische und feministische Texte veröffentlichte und 1972 verstarb. Sie ist in San Sebastián begraben. *cs*

turen auf dem Land gewährten keinen Raum für legale politische Betätigungen außerhalb dieses geschlossenen Parteiensystems. So war in Spanien bis zur Zweiten Republik kein politisches Repräsentationssystem entstanden, das den Veränderungen innerhalb der Gesellschaft Rechnung getragen hätte und das die neuen gesellschaftlichen Kräfte politisch zulassen und integrieren konnte.

Die Zweite Republik (1931 bis 1936) …

… verankerte das allgemeines Wahlrecht wieder verfassungsmäßig. Es wurde in drei Wahlen zum Parlament angewandt. Bei der 1. Wahl hatten die Frauen passives Wahlrecht, bei der 2. und 3. Wahl auch aktives. Die Zweite Republik fand ihr Ende im Militärputsch (1936 bis 1939), auf den die lange Zeit der Franco-Diktatur (bis 1975) folgte. Alle Gesetze und Maßnahmen, die während der Zweiten Republik zu Gunsten der landlosen Tagelöhner und des Industrieproletariats ergriffen wurden, die Bodenreform und die Änderungen der Grundeigentumsverhältnisse, wurden zurückgenommen, die Großgrundbesitzer wurden vollauf entschädigt. Das allgemeine Wahlrecht wurde wieder beseitigt, Franco hatte als Staatsoberhaupt die gesetzgebende und exekutive Gewalt inne und ernannte die Inhaber aller wichtigen Staatsämter.

Claus Seitz (cs), Schweinfurt/San Sebstian

Quellen: Bernecker, Pietschmann, Geschichte Spaniens. Kohlhammer, 2005, Seidel, Der spanische Bürgerkrieg: Geschichte eines europäischen Konflikts, C.H. Beck, 2006

Adelung des Bürgertums

Im Vergleich zur rasanten Industrialisierung in anderen westeuropäischen Staaten lässt sich für Spanien ein Beharren auf traditionellen Wirtschaftsformen erkennen. Ein Grund für dieses Innovationen ablehnende Klima war die feudalistische Einstellung der traditionellen Eliten gegenüber Gewerbetätigkeit und Arbeitsleistung. Im Jahre 1898 schrieb ein deutscher Adeliger: „Der spanische Adel ist fast ausschließlich ein Hofadel, und hält es nicht für notwendig, aktiv ins Staatsleben einzugreifen. Nur falls es ihm an Geldmitteln gebricht, versucht er durch Empfehlungen irgend einen lukrativen Posten zu erhalten, und wenn er einen solchen erhält, so sieht er es beinahe als eine Schande und Entwürdigung an. Denn das muss jeder, der Spanien einigermaßen kennt, zugeben, dass die Arbeit als solche dort etwas gesellschaftlich entwürdigendes an sich hat, und dass das Nichtstun, der Genuss irgend einer Rente oder Pfründe das größte Ansehen verleiht." (Deutsches Handelsblatt, 25 / 1898).

In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts setzten zwar Veränderungsprozesse ein. Der Adel war nach dem Ende der Feudalherrschaft gezwungen, kapitalistische Wirtschaftsformen anzunehmen und gewinnorientiert zu denken. Dieser Prozess vollzog sich aber deutlich später als in anderen europäischen Ländern.

Das aufstrebende Bürgertum verbündete sich aus Angst vor den Massen mit dem Adel. Ab etwa 1835 ließen sich führende Bürger, Politiker und Militärs per Heirat in den Adelsstand aufnehmen. 1931 waren von den 2450 Adelstiteln 1400 erst ein Jahrhundert alt. Die Aristokratie bestand somit zum Großteil aus „Neuadeligen". Diese sog. Nobilisierung wurde von einer ideologischen Assimilation begleitet (Lebensstil, Umgangsformen, Übernahme aristokratischer Werthaltungen und Distanzierung vom „niederen" Bürgertum). Das Bürgertum gab so die gesellschaftliche Führungsrolle ab, die ihm aufgrund der Modernisierung und Industrialisierung zukam.

Die in diesem gesellschaftlichen Milieu vorherrschenden Wertvorstellungen nährten sich aus der Lehre der katholischen Kirche, der Institution der Monarchie und dem ihr innewohnenden hierarchischen Prinzip, sowie einem ausgeprägten Patriotismus. Die gesellschaftlichen Eliten lehnten nicht nur Forderungen nach politischer Partizipation und Verbesserung der sozialen Lage breiter Bevölkerungsschichten grundsätzlich ab, sondern erkannten auch keinerlei Bedarf an Reformen des politischen Systems, um die Massen an das System zu binden. Allein die Repression schien die geeignete Reaktion auf die sozialen und politischen Forderungen unterer Bevölkerungsschichten. *cs*

Inhalt

Schwarz-Gelb in NRW: „Modernisierungspartnerschaft“ mit Rolle rückwärts 2
Schwarz-gelb zur Kommunalpolitik

Indymedia-Verbot: IT-Publikationen sind Teil der freien Presse! Der Innenminister hat die Schranken des Rechts durchbrochen 4

Neue Verhandlungsrunde Brexit steht an – neue Vorschläge sind im Umlauf 6

Frankreich: Regierung legt Text zum Arbeitsgesetz vor 6

Bildungsreform vom österreichischen Parlament beschlossen 6

USA: Wichtige Wahlen im nächsten Jahr 6

Auslandsnachrichten 6
Großbritannien: Erster Streik bei McDonalds • Großbritannien: Streik der Krankenhaus-Reinigungskräften • Frankreich: Deliveroo-Widerstand gegen „neues Vertragsmodell“ • Österreich: Air-Berlin-Betriebsrat verlangt Mitgestaltung • Weißrussland: Regierung gegen unabhängige Gewerkschaften • Kenia : Streik der Krankenschwestern • Indonesien: 4 200 streikende Bergarbeiter entlassen • Malaysia: 13-jährigen Kampf für Tarifrechte gewonnen • Kambodscha: Kampf für verlorene Löhne und Vorteile • Kanada: Unterstützung für streikende Bodenabfertiger • Israel: Streikverbot in staatseigene Unternehmen

Aktionen … Initiativen 10
Hilfsorganisationen stellen Rettungen auf dem Mittelmeer ein – Drei Hilfsorganisationen werden fehlen • Save the children: Unser Einsatz auf dem Mittelmeer – unsere Antwort auf wiederkehrende Vorwürfe • Pro Asyl: Menschenrechte über Bord! Warum Europas Kooperation mit Libyen so schändlich ist • Die Unterstützung für die kriminelle libysche Küstenwache muss sofort eingestellt werden

Fahrverbote für Dieselfahrzeuge? 12
Städtetag nach Diesel-Gipfel • Deutsche Städte- und Gemeindebund • Schadstoffe an der Quelle bekämpfen • Gemeinderat Mannheim: Linke/SPD/Grüne bringen gemeinsamen Antrag zur Entwicklung eines „Lastenhefts Mobilität“ ein • Herbert Behrens, Verkehrsexperte der Fraktion Die Linke • Sahra Wagenknecht, 23.8.2017 • Thema: Verkehrspolitik in den Kommunen • IG Metall zum Diesel-Gipfel

AfD-Programm: Arbeit und Wirtschaft der Nation für die „nationalen Interessen“ Deutschlands 18

Aus der Geschichte Schleswig-Holsteins: Von der Aufklärung bis zur Abstimmung 1920 19

Kalenderblatt 1977: Erste demokratische Wahl nach der Franco-Diktatur 22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in sechs Wochen am 12. Oktober 2017. Redaktionsschluss: Freitag, 6. Okotber. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.
Die Erscheinungstermine 2017: 12. Okt., 9. Nov., 7. Dez.

Sind Rechtsextremisten sozial ausgegrenzt?

Eine Analyse der sozialen Lage und Einstellungen zum Rechtsextremismus. Rosa-Luxemburg-Stiftung: Papers 2/2017

Autoren: Toralf Stark, Carsten Wegscheider, Elmar Brähler, Oliver Decker

Im Vorwort zur Broschüre (kann als Datei bei www.rosalux.de heruntergeladen werden) schreibt Horst Kahrs, Referent für Klassen und Sozialstruktur, Demokratie und Wahlen in der Rosa-Luxemburg-Stiftung:

Im Juni 2016 erschien die „Leipziger Mitte Studie“ 2016 unter dem Titel „Enthemmte Mitte“, finanziell gefördert von der Otto-Brenner-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa- Luxemburg-Stiftung. Anschließend vereinbarten die Universität Leipzig und die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine wissenschaftliche Kooperation mit dem Ziel einer vertieften Auswertung der erhobenen Daten unter Aspekten der sozial-ökonomischen Lage. Im Rahmen dieser Kooperation entstand eine Studie zu Nichtwählerinnen und Nichtwählern, veröffentlicht unter dem Titel „Wahlurne ohne WählerInnen – eine Analyse der Ursachen für Nichtwahl in Deutschland“ in dem RLS-Materialen-Band „Wahlenthaltung. Zwischen Abwendung, Verdrossenheit und Desinteresse“.

Die gleiche Autorengruppe erarbeitete ebenfalls die hier vorgelegte Studie, die im Rahmen ihrer Erarbeitung im Gesprächskreis Klassen und Sozialstruktur der Stiftung im März 2017 diskutiert wurde. Die Studie untersucht die Frage nach einem Zusammenhang von sozialer Lage und rechtsextremen Einstellungen (und Handlungen) auf der Basis der im Frühjahr 2016 erhobenen Daten. Fünf „soziale Lagen“ werden auf dieser Datenbasis durch eine Clusteranalyse nach dem Konzept der „meritokratischen Triade“ aus Einkommen, Beruf und Bildung konstruiert. Verglichen wird die jeweilige Ausprägung rechtsextremer Einstellungen. Ein Ergebnis ist, dass sich in den Gruppen der Arbeiter, Facharbeiter und einfachen Angestellten mit höchstens mittleren Bildungsabschlüssen rechtsextreme Einstellungen deutlich häufiger finden als in anderen Gruppen. Dieser Befund deckt sich mit Ergebnissen der Wahltagsbefragungen bei den Landtagswahlen 2016, bei denen die AfD in diesen sozialen Gruppen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte. Die vorliegende Studie liefert einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der sozialen Basis rechter Bewegungen und Parteien, die sich nun auch in Deutschland populistischer Methoden bedienen.

So deutlich, wie die Studie einen Zusammenhang insbesondere zwischen beruflicher Situation und Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus und Autoritarismus belegt, so zurückhaltend bleibt sie mit guten Gründen in der (kausalen) Erklärung dieses Zusammenhangs. Hierzu sind quantitative Erhebungen wenig geeignet. Nur in ausführlichen qualitativen Studien kann ein erklärender Zusammenhang von angesammelten Erfahrungen in der Berufs- und Arbeitswelt, von unterschiedlichen Lebensführungsmodellen und Milieuzugehörigkeiten mit rechten Einstellungen gefunden werden.

Tabelle 5: Zusammenfassung

Typ sozialer Lage	Rechtsextreme Einstellungen
1) mittlere Angestellte mit mittlerem Bildungsniveau und sehr geringem bis mittleren Einkommen	• breite Ablehnung einer Führerdiktatur, aber jeder Fünfte für eine starke Partei zum Wohle der Volksgemeinschaft • über 1/3 fordert mehr Mut zum Nationalgefühl und jeder Fünfte sieht deutsche Interessen im internationalen Kontext unterrepräsentiert • 1/3 hält Deutschland für überfremdet und sieht Ausländer als Konkurrenten im Sozialsystem • antisemitische Einstellungen werden von 10 % dieses Typs vertreten, zudem ist das deutsche Volk ihrer Meinung nach anderen überlegen
2) qualifizierte Angestellte mit einem hohen Bildungsgrad und mittleren bis sehr hohem Einkommen	• im Vergleich die geringste Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen • einzig die Stärkung des deutschen Nationalgefühls und dass Ausländer den Sozialstaat ausnutzen, wird von knapp von 1/5 der Personen unterstützt
3) Auszubildende, Studierende und Rentner mit keiner, oder mittleren bis hohen Bildung aber sehr geringem Einkommen	• ausgeprägter Wunsch nach einer starken Partei, welche die politischen Entscheidungen maßgeblich bestimmt • circa 1/3 sieht Deutschland unzureichend im internationalen Kontext vertreten und vertritt ausländerfeindliche Einstellungen • Zustimmung zu antisemitischen und sozialdarwinistischen Aussagen bei jedem Zehnten vorhanden
4) Facharbeiter mit niedriger bis mittlerer Bildung aber mittleren bis hohem Einkommen	• leicht überdurchschnittliche Zustimmung zu allen rechtsextremen Einstellungen • besonders ausgeprägter Wunsch nach der Stärkung des Nationalgefühls • hohes Maß an latenter Ausländerfeindlichkeit (knapp 40 %) • Verharmlosung des Nationalsozialismus und Ausprägung sozialdarwinistischer Einstellungen im Vergleich zu übrigen Typen am höchsten
5) einfache Angestellte und Arbeiter mit niedriger Bildung und sehr geringem bis mittleren Einkommen	• stark überdurchschnittliche Zustimmung zu allen rechtsextremen Einstellungen • Forderung nach der Stärkung des Nationalgefühls wird breit unterstützt (Chauvinismus insgesamt) • besonders hohes Maß an latenter Ausländerfeindlichkeit (über 40 %) • mit Abstand höchste Zustimmung unter den Typen zu antisemitischen und ausländerfeindlichen Aussagen

Tabelle Seite 32, RLS-Broschüre